Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926.

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Lübecker Volksbote

Nr. 35. | Freitag, den 10. Februar 1922. | 29. Jahrgang.

Des Reichskanzlers Erklärung zum Eisenbahnerstreik.

Berlin, 9. Februar.

Am Regierungstische der Reichskanzler und sämtliche Kabinettsmitglieder.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird mitgeteilt, daß der Streikerlaß des Reichspräsidenten heute außer Kraft getreten sei.

Präsident Löbe erklärt, daß dadurch die Anträge auf Aufhebung des Erlasses erledigt sind.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Nur die einmütige und straffste Arbeitszucht wird uns über die schwere Zeit hinwegbringen, in der wir die eingerissenen Mauern unseres Staates wieder aufbauen. Nur durch sparsame Wirtschaft kann die auswärtige Politik führen, die wir für nötig halten, um uns überhaupt die Voraussetzung zu erkämpfen, die wir zum Wiedereintritt in den politischen und wirtschaftlichen Kreis der Weltvölker nötig haben. In dieser Hinsicht ist in letzter Zeit

schwer gefrevelt und gesündigt

worden, und zwar von Elementen, die durch ihre Tätigkeit und ihre Stellung im Staate in erster Linie dazu berufen sind, den Staat zu schützen. Die Arbeitsverweigerung eines Teiles der Beamtenschaft nenne ich nicht Streik, sondern

Revolte in der Beamtenschaft.

Der Reichskanzler schildert dann in kurzen Zügen

die Entwicklung der Streikbewegung

und wird von der äußersten Linken durch lebhafte Zwischenrufe unterbrochen. Der Kanzler wies besonders darauf hin, daß der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft den Streik mit nur 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen hatte. Der Einsatz der Technischen Nothilfe machte sich sehr rasch bemerkbar. (Zwischenruf links: Moabiter Eisenbahnunglück.) Besonders beim Heranschaffen lebenswichtiger Güter, wie Milch, Vieh und Kohlen. In Berlin sei dann allerdings eine starke Störung herbeigeführt worden dadurch, daß die Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes gegen den ausdrücklichen Beschluß des Gruppenvorstandes beschlossen habe, in den Streik zu treten. Die Spitzenorganisationen und auch der Deutsche Beamtenbund verurteilten aber den Streik scharf. Nachdem die städtischen Arbeiter von Berlin in den Streik getreten waren, lehnte die Reichsregierung Vermittlungsversuche und auch Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft ausdrücklich ab und erklärte sich bereit, mit den Spitzenorganisationen einschließlich des Deutschen Beamtenbundes in Besprechungen einzutreten. Diese ergaben die Bereitwilligkeit des Reichsfinanzministers, baldmöglichst in eine eingehende Besprechung über alle Besoldungsfragen einzutreten. Am Dienstag, 7. Februar, verpflichtete sich die Reichsgewerkschaft, den Streik abzubrechen und die Reichsregierung erklärte, daß

Massendisziplinarverfahren und Massenentlassungen nicht stattfinden werden

und daß die Anwendung disziplinarer Maßnahmen nach den Richtlinien erfolgen solle, die inzwischen vom Gesamtkabinett aufgestellt worden sind.

Der Notstandsbetrieb

wurde gut durchgeführt und etwa 30 Prozent des Verkehrs bewältigt. Eine Steigerung auf oder über 50 Prozent (Gelächter links) war zu erwarten.

Die sachlichen Grundlagen des Streiks waren teils unberechtigt, teils geringfügig, teils Gegenstand bereits eingeleiteter Verhandlungen.

Die Reichsgewerkschaft setzte sich in Unrecht gegenüber der Beamtenschaft, deren Vorrechte sie durch Anzettelung des ersten Beamtenstreiks auf das allerschwerste gefährdete

(Lärm links, Rufe: Kapp-Putsch! Welchen schweren Stoß der Beamtenapparat hierdurch erlitten hat, läßt sich noch gar nicht absehen. Die Reichsgewerkschaft setzte sich aber auch ins Unrecht gegenüber dem gesamten deutschen Volke, dem sie Lasten aufzubürden versuchte, die es keinesfalls hätte tragen können. Die Kernfrage bei der Austragung des Streiks war nicht die wirtschaftliche und nicht die Arbeitszeitfrage, sondern die Frage des Streikrechts der Beamten. (Sehr richtig! rechts.) In dieser Frage kann keine Regierung zu einem anderen Ergebnis kommen, als:

Für einen öffentlich rechtlich angestellten Beamten gibt es kein Streikrecht!

(Stürmischer Widerspruch bei den Kommunisten.) Nicht etwa, weil die Beamten Hörige sind, sondern weil sie ein Teil der Regierung sind.

Die Verfassung gibt jedem Deutschen, auch den Beamten, das Recht der Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und wirtschaftlichen Bedingungen, aber weder nach dem Wortlaut noch nach dem Sinn der Verfassung kann daraus abgeleitet werden, daß die Beamten entgegen dem Diensteid auch das Recht hätten, ihre Dienstgeschäfte gemeinsam niederzulegen. Der Beamte übernimmt nach dem Gesetz und nach seinem Diensteid bei Vermeidung disziplinarer Verantwortung die Verpflichtung, das ihm übertragene Amt gewissenhaft wahrzunehmen. (Zwischenruf links: Kapp-Putsch!) Dieser Verpflichtung schließt eine einseitige Niederlegung der Dienstgeschäfte durch den Beamten aus. Dieser Verpflichtung gegenüber stehen wieder Rechte, kraft deren der Beamte besonders geschützt ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Eisenbahnbeamten sind überwiegend lebenslänglich Angestellte. Sie erhalten ihr Gehalt im voraus. Ihre Pensions- und Hinterbliebenenansprüche sind gesetzlich geregelt. Diese Rechte sind mit einem Streikrecht unvereinbar. (Zustimmung und Widerspruch.)

Ein Streikrecht der Beamten ist aber auch unvereinbar mit einer geordneten Staatsverwaltung. Auch Sowjet-Rußland ist sich mit den anderen Regierungen darüber einig. Ich bin nicht länger in der Lage, eine Regierung zu führen, wenn ein Streikrecht der Beamten anerkannt würde. Die Reichsregierung erkennt aber die Pflicht des Staates an, durch Fürsorge für die Beamten bis an die Grenze des Möglichen

dazu beizutragen, daß der Körper der Beamtenschaft sozial gesund bleibe

und in seiner traditionsmäßigen Aufopferung für den Staat nicht irre wird.

Mit der Beendigung des Streiks ist die Verordnung des Reichspräsidenten gegenstandslos geworden. Sie ist aufgehoben. Mit der Aufhebung der Verordnung wird nun nicht etwa das Streikrecht der Beamten wieder frei. Diesen Schluß würde die Reichsregierung nicht zulassen können. Die Wege zur Arbeit sind wieder frei. Wer es mit dem deutschen Volke gut meint, wird es immer wieder auf dem Weg zur Arbeit hinweisen.

Präsident Löbe: Von verschiedenen Seiten ist bei mir angeregt worden, die heutige Sitzung zu vertagen.

Abg. Ledebour (USP.): Wenn jemals, so hat heute der altdeutsche Grundsatz recht. Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede. Der Kanzler hat den Streik der Beamten als eine Revolte bezeichnet. Als die Regierung aber im März 1920 auf der Flucht nach Stuttgart mit Begeisterung den Streik der Beamten begrüßte, hat sie den Beamten das Streikrecht zugestanden.

Abg. Köhler (Komm.) wendet sich kurz gegen die Scharfmacherei des Reichskanzlers. Die verschiedenen Angaben des Kanzlers waren falsch und es muß eine Aussprache stattfinden.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.): Daß die Rede des Kanzlers unwidersprochen ins Land hinausgehen soll, davon kann keine Rede sein. Die Anregung der Vertagung ist von uns ausgesprochen worden. Zur Beruhigung kann ich mitteilen, daß weder Herr Stinnes noch ich an dem Konzept der Rede beteiligt waren. Wir sehen aber in den Ausführungen des Reichskanzlers einen großen politischen Akt, zu dem wir erst in den Fraktionen Stellung nehmen wollen. Das liegt im sachlichen Interesse.

Abg. Müller-Franken (SD.): Unsere Fraktion ist bereit, zu diskutieren. Da aber im Laufe der Sitzung einige größere Parteien darum gebeten haben, zu den Ausführungen des Kanzlers erst in den Fraktionen Stellung zu nehmen, so wollen wir nach alter Tradition dieses Hauses diesem Wunsche stattgeben.

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Der Antrag auf sofortige Besprechung wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Unabhängigen und einen Teil der Deutschnationalen abgelehnt.

Freitag 1 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung.

Schluß 5 Uhr.

* * *

SPD. Berlin, 10. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik hat in der Presse der äußersten Rechten Wohlgefallen gefunden. Selbst die demokratischen Blätter sind von den Ausführungen des Reichskanzlers entzückt. So begrüßt das „Berliner Tageblatt“ die völlig eindeutige Erklärung des Reichskanzlers und versichert, auf Grund wessen ist uns unbekannt, daß sich acht Zehntel des Reichstages heute zu der Auffassung des Reichskanzlers über Streikrecht der Beamten stellen und es negieren. Die „Voss. Ztg.“ betrachtet die Regierungserklärung eingehender und vom politischen Gesichtspunkt aus. Nicht ganz mit Unrecht nennt sie den gestrigen Tag einen „kritischen Tag“ und begründet es damit, weil man von links versuchen will, die Regierung zu stürzen, da sie zu scharf gewesen sei, und man sich von rechts mit der gleichen Absicht trägt, weil man dem Kabinett Wirth vorwirft, sich nicht scharf genug gezeigt zu haben. Abschließend sagt die „Voss. Ztg.“: „Kann eine Kabinettskrise ernsthaft erwogen werden genau einen Monat vor dem anscheinend festgesetzten Termin des Zusammentritts der Konferenz von Genua? Reichstagsauflösung und Neuwahlen bedeuten, daß Deutschland für 2 Monate außenpolitisch verhandlungsunfähig gemacht würde.“

Daß die Rede des Reichskanzlers innerhalb der Sozialdemokratie nicht mit Entzücken aufgenommen wird, läßt auch der „Vorwärts“ durchblicken. Er sagt: „Auch wir hätten es lieber gesehen, wenn der Reichskanzler über den Beamtenstreik nicht die Worte: „Revolte und Aufruhrbewegung“ gebraucht hätte, obwohl er sich für die auch im Amte befindlichen Linksradikalen von Lipinski bis Lenin als Autoritäten berufen kann. Aber es handelt sich nicht um Worte, sondern um die Sache: darum, daß ein weiteres Abrutschen des außer- und innerpolitischen Kurses nach rechts vermieden wird und daß eine jede Rachepolitik bei der Liquidierung des Eisenbahnerstreiks unterbleibt. Das ist mit der gegenwärtigen Regierung viel besser zu erreichen, als mit — ihrer, in diesem Augenblick allein möglichen Nachfolgerin.“ Zum Schluß **warnt der „Vorwärts“ die Unabhängigen noch einmal dringend davor, mit den Kommunisten zusammen die Geschäfte der äußersten Rechten zu besorgen.**

Während man nach dem Verlauf der gestrigen Reichstagssitzung annehmen mußte, daß die Unabhängigen tatsächlich mit Unterstützung der Kommunisten die Geschäfte der Westarp, Hergt und Helfferich besorgen würden, läßt die „Freiheit“ von heute morgen andere Gedanken aufsteigen und es scheint doch, daß sich die Unabhängigen die Mithilfe zum Sturz der Regierung noch mehr überlegen werden. Natürlich ist die „Rote Fahne“, die bar jeder Verantwortung ist, über die Rede des Reichskanzlers schon aus agitatorischem Bedürfnis heraus sehr erregt. Das Blatt fordert die Unabhängigen auf, diese Regierung, die ein Hohn auf die Arbeiterschaft sei, mit aller Macht stürzen zu helfen.

Das Organ der Deutschen Volkspartei, die „Zeit“, sagt u. a.: „Leider steht das Verhalten Dr. Wirths während des Streiks mit seinen starken Worten durchaus nicht im Einklang. Dankenswert war es, daß der Kanzler den Mut fand, das Streikrecht der Beamten mit aller Deutlichkeit und Schärfe abzulehnen, und daß er für die Technische Nothilfe Worte herzlicher Anerkennung fand und sie wegen der Beschimpfung durch die äußerste Linke als Streikbrecher Lebensretter nannte.“

Diese Aeußerungen sind wesentlich zurückhaltender als die Kommentare der volksparteilichsten Blätter der letzten Tage, die der Regierung schärfste Opposition ansagen. Trotzdem aber wird das nicht in Erfüllung gehen, was die „Freiheit“ als Ausklang der gestrigen Regierungserklärung erwartet, nämlich die Erweiterung der Regierungskoalition durch den Eintritt der Volkspartei.

Regierung und Streik-Ende.

Vor dem Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 9. Februar. (Eigener Bericht.)

Die Reichsregierung stellte gestern abend in einer Kabinettssitzung die Richtlinien auf, nach denen die Maßregelung der streikenden Eisenbahner erfolgen soll. Das „Tageblatt“ teilt mit, daß folgende Richtlinien aufgestellt worden sind:

1. Das ordentliche Disziplinarverfahren wird gegen Beamte eingeleitet, die a) Urheber des Streiks sind, b) soweit sie Sabotage oder gewaltsame Eingriffe in den Betrieb ausgeführt, oder andere Beamte an der Erfüllung der Dienstpflicht durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt verhindert haben.

2. Soweit einzelne Beamte wegen des Streiks zur Verantwortung gezogen werden, soll nur auf Ordnungsstrafen erkannt werden, soweit sie alsbald zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht zurückkehren. Geldstrafen sollen nur in Sonderfällen verhängt werden. Ueber das Diensteinkommen während der Streiktage bestimmt § 1 Absatz 3 des Reichsbeamtengesetzes: Nichtbezahlung der Streiktage.

4. Soweit Disziplinarverfahren bereits eingeleitet sind, sollen sie im Rahmen der Grundsätze zu 1. nach den gesetzlichen Bestimmungen weitergeführt werden.

5. Die kündbaren Beamten sollen nach den gleichen Grundsätzen behandelt werden.

Wie die Blätter weiter mitteilen, sollen als Urheber des Streiks nicht nur diejenigen Beamten, die an den Zentralstellen, sondern auch diejenigen, die im Reich in den Verwaltungsbezirken zum Ausbruch oder zur Fortsetzung des Streiks hervorragend mitgewirkt haben, gelten. Kündbare Beamte, die unter 1a oder 1b fallen, sind zu entlassen. Soweit sie schon entlassen sind, werden sie nicht wieder eingestellt. Das Beschwerderecht wird hierdurch nicht berührt. Die nicht unter 1a oder 1b fallenden kündbaren Beamten werden zur Beschäftigung wieder zugelassen, auch wenn sie schon entlassen sind. Das Kabinett beschloß, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, auch gegen alle diejenigen Beamten vorzugehen, die sich einer Beschimpfung oder Belästigung von Beamten schuldig gemacht haben, die während des Streikes tätig waren.

Wo stehen wir?

Von Reichstagspräsident Paul Löbe.

Das brüske Verfahren der Deutschen Volkspartei gegenüber der Ernennung Rathenaus zum Minister des Auswärtigen scheint denjenigen recht zu geben, welche die innere Krise durch das Steuerkompromiß vom 26. Januar nur als vertagt, nicht als gelöst ansehen. Es scheint auch denen recht zu geben, welche behaupten, ein sichtbares Opfer des Besitzes könne nicht mit der Deutschen Volkspartei, sondern nur gegen sie, nicht mit der Schwerindustrie, sondern nur von den Parteien der Besitzlosen durchgesetzt werden. Das Verhalten der Gesinnungsfreunde um Dr. Becker und Stinnes war gleich nach unserem Rückzug auf die Zwangsanleihe so halsstarrig und zweideutig, daß mit dem Bruch des nur halb und halb eingegangenen Versprechens schon am 27. Januar gerechnet werden mußte. Waren doch nicht einmal die Unterhändler guten Willens, das Opfer zu bringen, geschweige denn, daß sie geneigt schienen, ihre widerstrebenden Parteigänger dafür zu gewinnen. Im Gegenteil, sie konnten nicht genug aufbieten, um die bejammernswerte Lage der besitzenden Klassen in Deutschland zu schildern und den Zusammenbruch der Industrie bei weiteren Belastungen des Kapitals in sichere Aussicht zu stellen. Mit der allgemein gehaltenen, absichtlich dunklen Parole der sachlichen und persönlichen Garantien, unter denen man alles mögliche verstehen kann, behielten sie sich vor, das halbe Zugeständnis noch einmal zu halbieren und das geringfügige Opfer, das durch die Zwangsanleihe gebracht werden sollte, auch der letzten Spur eines Opfercharakters zu entkleiden. Die Berufung Rathenaus, dessen Qualitäten selbst in den Organen der Deutschen Volkspartei anerkannt werden, ist deshalb nur der erste Vorwand, sich den widerwillig übernommenen Verpflichtungen zu entziehen. Die geringe Bereitschaft war vom ersten Moment an sichtbar, und es war ein falscher Schritt des Kanzlers, daß er gerade auf die Mitwirkung dieser Partei solchen Wert legte, statt seine Mehrheit nach links zu erweitern.

Von dem Augenblick an, wo die Volkspartei nach ihrer Behauptung die Handlungsfreiheit zurückgewonnen hat, ist dasselbe für die Sozialdemokratie der Fall. Nach der schweren Enttäuschung, welche die Partei des Besitzes den übrigen Koalitionsparteien bereitete, werden wir den erneuten Versuch machen müssen, die Steuermehrheit nach links hin zu gewinnen. Gewiß steht der Leipziger Beschluß der Unabhängigen dem hindernd im Wege. Aber das Hindernis bei der Deutschen Volkspartei ist nicht kleiner. Es ist doch keine Frage, daß die Absicht der Erzbergerschen Steuergesetzgebung, die Bildung gigantischer Vermögen zu verhindern, nicht erreicht ist. Noch immer wird auf der einen Seite verschwenderischer Luxus getrieben, während andere nicht wissen, womit sie ihre Blöße decken sollen. Noch immer wachsen auf der einen Seite die Vermögen, während andere ihre Kinder nicht satt bekommen können. Schlesische Magnaten, deren Einkommen im Frieden drei Millionen Mark im Jahre betrug, beziehen heute jährlich sechzig bis siebzig Millionen Papiermark, und wenn sie auch einen erheblichen Teil davon als Steuern abgeben müssen, so ist doch ihr Besitz durch die Steigerung der Holz- und Kohlenpreise enorm gestiegen. Im Waldenburger Bergrevier sitzen zwanzigtausend Bergarbeiterfamilien, die die Milch für ihre Kinder nicht erschwingen können; über ihnen thront auf der Burg Fürstenstein der Fürst Pleß, hält sich achtundvierzig livrierte Diener, fährt in Vierergzügen und entwickelt eine Pracht, wie nie zuvor. In ähnlich glänzenden Verhältnissen befinden sich alle schlesischen Magnaten, die im November 1918 gern ein Drittel ihres Landes hergegeben hätten, wenn ihnen die zwei anderen verblieben wären. Heute wehrt sich ihre politische Vertretung gegen jede weitere Belastung des Besitzes. Die verspäteten Einschätzungen, die Valutaschwankungen, die Auslandsverschiebungen und Bilanzverschleierungen haben es unzähligen Besitzenden ermöglicht, ihren Vermögenszuwachs zu verstecken und dem steuerlichen Zugriff zu entziehen. Ausländische Besucher Deutschlands empören sich über den frivolen Luxus, der in dem angeblich verarmten Lande getrieben wird, das seine Kinder ins Ausland schickt und sie mit fremder Hilfe ernähren läßt.

Eine Partei, die sich trotzdem einem Opfer des Besitzes entzieht, ist keine geeignete Kontrahentin für die Sozialdemokratie. Das Verhalten im Fall Rathenau aber schlägt dem Faß den Boden aus. Gerade die Volkspartei hat einst den Ruf nach Fachministern erhoben. Sie hat dem Kabinett Fehrenbach-Simons so wenig Geeignete zur Verfügung stellen können, daß sie selbst dieses Kabinett stürzte und ihre Fachminister in der Versenkung verschwinden ließ. Jetzt beruft der Kanzler einen Mann, der den Beweis seines Könnens im In- und Auslande erbracht hat, und ausgerechnet diese Ernennung soll den Volksparteilern den Vorwand für den Ausbruch aus der Koalition abgeben. Vielleicht ist es gut, daß sie rechtzeitig mit diesen fadenscheinigen Gründen den Beweis ihrer Unzuverlässigkeit auch für das Zentrum antritt, die Sozialdemokratie hat diese Aufklärung nicht mehr nötig. Sie wird trotz aller Schwierigkeiten den erneuten Versuch machen müssen, die Koalitionsgenossen links zu suchen.

Eine Rede Lloyd Georges.

Im englischen Unterhause hielt Lloyd George in der großen politischen Debatte eine Rede, aus der wir folgendes wiedergeben möchten:

Alle auf der Haager Konferenz gefaßten Entschlüsse sind im Weltkriege wirkungslos geblieben. Dagegen wurden in Washington genaue Beschlüsse gefaßt, in denen bestimmte Zahlen für Kriegsschiffe, Geschütze und Besatzungen festgesetzt wurden. Dies bedeutet für das britische Budget eine Ersparnis von Millionen Pfund. Was die Tätigkeit des Obersten Rates betrifft, so hat er die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt und die Dienstpflicht Deutschlands abgeschafft. Es sind Maßnahmen getroffen, die Frankreich sehr beträchtliche Summen an Reparationen gewährleisten. Diese Ergebnisse sind nicht im Verlaufe der ersten Konferenz des Obersten Rates erzielt worden. Man ist schrittweise vorgegangen, aber man hat ein großes Ergebnis erreicht, nämlich vorgesehen, daß die Konflikte nicht zu Kriegen ausarten. Die Politik Englands Frankreich gegenüber, ist eine Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit im Interesse des Friedens. Freundschaft bedeutet nicht Unterordnung oder Gehorsam, sondern ehrliche Zusammenarbeit, wenn auch in der Frage der geeigneten Mittel nicht immer Uebereinstimmung besteht. Was die Frage des Garantiepaktes betrifft, so ist es notwendig, daß Frankreich fühlt, nicht isoliert zu sein. Nichts ist gefährlicher, als wenn eine tapfere Nation Furcht empfindet. Frankreich ist im Zeitraum eines Jahrhunderts dreimal verwüstet worden; das rechtfertigte seine Besorgnis. Wenn Frankreich die Sicherheit hat, daß England ihm, falls sich die Ereignisse von 1914, 1870 und 1814, ohne Herausforderung von keiner Seite wiederholen sollten, mit seiner gesamten Macht besteht, so wird diese Sicherheit Frankreich volles Vertrauen einflößen. Eine wirkliche Gefahr für Europa, vielleicht nicht im gegenwärtigen Augenblick, auch nicht während der nächsten 20 Jahre, aber vielleicht für die folgenden Generationen, besteht darin, daß die deutsche Jugend im Geiste der Revanche erzogen werden und heranwachsen könnte. (Zurufe von Seiten der Arbeiterpartei: „Die französische ebenfalls!“) Ich sage, wenn die deutsche Jugend an den Gedanken gewöhnt wird, die alte Pracht, den früheren Einfluß und den ehemaligen Besitzstand des kaiserlichen Deutschlands wiederzuerlangen, die Scheer für die Deutschland zugefügte Niederlage beitrafen und den deutschen Nationalstolz verteidigen, so liegt darin eine der größten Gefahren, denen das künftige Europa ausgesetzt ist. Wer Frieden will, muß nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an die kommenden Jahre denken. Deutschland muß überzeugt werden, daß eine kriegerische Politik ihm keinen Vorteil brächte, und daß es in einem Rachekrieg gegen Frankreich, nicht nur Frankreich, sondern auch andere Nationen gegen sich hätte. Durch ein derartiges Verhalten wird dieses deutsche Gefühl schon im Entstehen ausgerottet und die Deutschen werden lernen, daß eine Politik der Revanche für ihr Land tödlich sein würde. Es gibt aber auch noch einen weiteren Grund für einen Garantiepakt. In Versailles haben wird die Verbindlichkeit übernommen, um der Politik der Ausdehnung Frankreichs bis zum Rhein (einer Politik, die etwas in der Art der Annexion von Gebietsteilen auf dem linken Rheinufer bezweckte) Widerstand zu leisten. Diese Verbindlichkeit war dazu bestimmt, Frankreich Sicherheiten zu bieten. Wilson und Balfour haben Garantien gegeben. Angesichts dieser Garantie hat Frankreich auf die erwähnte Politik Verzicht geleistet (?) Nunmehr handelt es sich in dieser Angelegenheit für uns um eine Ehrenschuld. (Beifall, Protestrufe.) Ich erinnere daran, daß das Unterhaus seinerzeit den Garantievertrag genehmigte unter der Bedingung, daß die Vereinigten Staaten ihn ebenfalls ratifizieren. Wir werden dem Unterhaus, ebenso wie damals Gelegenheit geben, den jetzt mit Frankreich geplanten Pakt zu erörtern. Das Unterhaus wird dann sagen, ob es ihn annehmen oder ablehnen wird.

Hierauf kam Lloyd George auf den Vorschlag zu sprechen, als Anzahlung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt die Kriegsschulden kurzfristig zu lassen. Er sagte: Großbritannien ist bereit, diese Frage zu erörtern, vorausgesetzt, daß alle Gläubiger der Schuldnerstaaten bereit sind, dasselbe zu tun; aber es würde unrecht sein, zu verlangen, daß Großbritannien allein auf die ihm geschuldeten Gelder verzichten sollte. Ueber die ägyptische Frage sagte Lloyd George: Für den Augenblick kann ich keine vollständige Erklärung abgeben, da die Regierung sich erst mit dem auf dem Wege befindlichen Marschall Allenby beraten muß. Wie auch die Lösung aussehen mag, die gefunden wird, zwei Tatsachen von grundlegender Bedeutung müssen im Auge behalten werden. Aegypten bildet eine Art Korridor, der die östlichen und westlichen Teile des britischen Reiches trennt, beziehungsweise verbindet. Aegypten sah während des Krieges über eine Million Soldaten aus Australien, Neuseeland und Britisch-Indien vorüberziehen. Wäre Aegypten damals unabhängig und frei von jeder Kontrolle durch Großbritannien gewesen, so hätten wir beträchtlich schwächer dagestanden. Ferner muß man die Sicherheit bedenken, die das englische Protektorat bietet. Angehörige aller Nationen legten ihr Kapital in Aegypten an und verwenden ihre Arbeit und Leben darauf, das Land zu erschließen. Dieser Umstand legt Großbritannien Verantwortlichkeiten für die Zukunft auf. Zum Schluß der Rede kündigte Lloyd George die unverzügliche Einbringung der Gesetzentwürfe über Irland an.

Die französische Note über Genua.

Paris, 10. Februar.

Der Presse ist gestern abend die Note der französischen Regierung über die Konferenz von Genua übergeben worden, die an die verbündeten Regierungen gerichtet ist. Frankreich verlangt darin, daß die Resolution von Cannes vom 6. Januar gründlich respektiert werde, ehe man sich in Genua an den grünen Tisch setze. Frankreich stellt u. a. die These auf, daß ausdrücklich festgestellt werden müsse, daß den Verbündeten keineswegs die Rechte entzogen werden dürfen, die im Vertrage von Versailles gegeben werden, d. h. also, gegebenenfalls gegen Deutschland Zwangsmaßnahmen durchzuführen, die dieses nicht als Feindseligkeit betrachten dürfe. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß jeder Konflikt zwischen Nationen, wenigstens soweit sie dem Völkerbund angehören, vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten zunächst dem Völkerbund unterbreitet werden muß. Die Note schließt: Es wurde in vorstehendem bereits bemerkt, daß die Zeit sehr kurz ist, um ein so umfangreiches Programm vorzubereiten. Aus diesem Grunde scheint es nötig, eine Vertagung der Konferenz ins Auge zu fassen. Es müßten mindestens drei Monate vergehen, ehe man sich mit Aussicht auf Erfolg versammeln könnte. Andernfalls setze man sich der Gefahr aus, daß die Konferenz sich in Unordnung und Verwirrung auflösen werde.

Der festgesetzte Termin.

London, 10. Februar.

Im Unterhause erklärte Lloyd George, daß man den 8. März für die Eröffnung der Genueser Konferenz festgesetzt habe. Die französische Regierung habe erklärt, daß sie es nicht für notwendig halte, eine formelle Antwort auf die Einladung zu geben, da bereits auf der Konferenz von Cannes bestimmt worden sei, Einladungen ergehen zu lassen. Mehrere der britischen Dominions, u. a. auch Südafrika, haben die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz angenommen.

Die dritte Rate von Deutschland bezahlt.

Berlin, 10. Februar.

Deutschland hat zum dritten Male an die Reparationskommission eine Zahlung von 31 Millionen Goldmark geleistet.

Die Orientfrage.

Paris, 9. Februar.

Der „Intransigeant“ erklärt, daß die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten zum größten Teil aus dem Wege geräumt worden seien. Ein Einvernehmen sei in folgenden Punkten zustande gekommen:

1. Sicherheiten für die Kriege in Kleinasien.
2. Smyrna würde unter türkischer Oberherrschaft autonom werden.
3. Grenzberichtigungen in Thrazien.
4. Einvernehmen über die Zwangsmaßnahmen, falls die Türkei oder Griechenland das zu treffende Abkommen verletzen würden. (Man denkt hierbei an eine Blockade der asiatischen Küste.)
5. Das von Franklin Bouillon und Mustafa Pascha getroffene Abkommen wird in Kraft treten, nachdem es einige Abänderungen erfahren hat.

De Nicola lehnt ab.

Mailand, 9. Februar.

Der italienische Kammerpräsident de Nicola hat die Bildung des neuen Kabinetts nach einer Unterredung mit dem König abgelehnt. Die Ablehnung hat in den Wandelgängen des Hauses großen Eindruck gemacht.

Der amerikanische Botschafterposten.

Washington, 8. Februar.

Präsident Harding hat Alanson Vigelow Houghton zum Botschafter in Berlin, Albert Henry Washburn zum Gesandten in Wien, Theodore Bientano zum Gesandten in Budapest ernannt.

Die Aussichten der russischen Getreideversorgung.

Europa, und vor allem der Völkerbund, hat sich dank der heute herrschenden Gewissenlosigkeit mit der Tatsache der russischen Hungersnot sehr schnell abgefunden. Man weiß, daß in Rußland einige zwanzig Millionen braver, arbeitsamer und friedfertiger Menschen der ärgsten Not, die auf Erden je gesehen wurde, ausgesetzt sind; man weiß auch, daß Tausende und aber Tausende dieser Menschen täglich an Hunger und an Seuchen eingehen, trotzdem rührt aber keiner der Staatsmänner Europas einen Finger, um diese Not zu beheben. Die in Deutschland, Frankreich und andern Ländern lebenden russischen Emigranten übertreffen an Gewissenlosigkeit noch das übrige Europa. Behängt mit Brillanten, in Seide gewickelt, treiben sie sich in allen Theatern der europäischen Großstädte, in den teuersten Winterkurorten, kurz, überall da herum, wo die elegante Welt, das heißt heute der Abschaum der Kriegs- und Revolutionsschieber, sich ein Stelldichein geben. Nansen hat mit seinem großen Hilfswerk, das er in echt norwegischer Unermüdlichkeit propagierte, bei den Großen und Reichen dieser Erde keinen Anklang gefunden. Nur das Proletariat Deutschlands, das selbst am besten weiß, wie weh der Hunger tut, ist seinem Rufe gefolgt und hat einiges zur Linderung der großen Not beigetragen, soweit es eben die eigenen dürftigen Verhältnisse gestatten.

Ueber die Hungersnot, die Epidemien des Jahres 1921 breitet der russische Winter sein großes Leichentuch. Was wird aber das Jahr 1922 bringen? Im März und April wäre im russischen Hungergebiet die Aussaat fällig. Es besteht jedoch keine Hoffnung, daß die Felder in diesem Jahre bestellt werden können. Die Bauern haben ihre Scholle verlassen, ohne anderwärts festen Fuß fassen zu können. Sie haben die benachbarten Gouvernements und Westsibirien überschwemmt, Typhus und Cholera überall verbreitet und auch dort die letzten Vorräte, oft einschließlich des Saatgutes, aufgezehrt. Hornvieh und Pferde sind restlos zusammengeschlachtet, die Dörfer dem Verfall preisgegeben. Die Katastrophe droht im laufenden Jahre lawinenartig anzuwachsen und das ganze Rußland zu erdrücken. Der Bevölkerung der Nachbarstaaten ist angesichts dieser Situation besonders unheimlich zumute; denn es besteht die Gefahr, daß die hungernden Massen sich dorthin wenden, wo sie noch Brot vermuten. Not kennt kein Gebot! Der russische Militarismus ist heute stärker denn je, und gern folgt jeder seinen Fahnen; denn wer ein Gewehr hat und ein paar Handgranaten, ist im heutigen Rußland dem Hungertode noch nicht so rasch verfallen wie die Wehrlosen. Nach einer bolschewistischen Schätzung stellt sich der gesamte Ernteertrag im Jahre 1921/1922 auf 744,7 Millionen Pud, gegen 1251,26 Millionen im Vorjahre. Für den Verbrauch der Bevölkerung und des Viehes sowie an Saatgut sind insgesamt 1102,79 Millionen Pud erforderlich, so daß ein Defizit von 358,1 Millionen Pud verbleibt. Hiervon sollen 110 bis 120 Millionen Pud durch Einfuhr aus Sibirien gedeckt werden, die Ukraine soll etwa 100 Millionen Pud liefern und durch Verringerung der Aussaat um 20 bis 30 Proz. hofft man weitere 40 Millionen Pud zu ersparen. Es bleibt also, selbst wenn man annimmt, daß diese Kalkulation zutrifft, noch ein Defizit von rund 100 Millionen Pud, das nur durch Zufuhren aus dem Auslande gedeckt werden kann.

Die Autonomiefrage in Oberschlesien.

Breslau, 9. Februar.

In der „Oberschlesischen Volksstimme“, dem Organ des Zentrums, wird in Aufsehen erregender Form, wenn auch mit Vorbehalt, behauptet, daß die Preußische Regierung in die Agitation für und gegen die selbständige Stellung Oberschlesiens, als einem deutschen Bundesstaat, in unerlaubter Weise eingreift. Es handelt sich um die Finanzierung einer angeblich unparteiischen „Organisation zur Aufklärung über die oberschlesische Autonomie“, die unter deutschnationaler Führung mit großen Geldmitteln für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen agitiert.

In unserer Parteipresse wird verlangt, daß die Preußische Regierung sich gegen dieser schweren Vorwurf von Zentrumsseite so rasch wie möglich verwahrt. Man ist innerhalb unserer Partei über die Vor- und Nachteile einer bundesstaatlichen Selbständigkeit Oberschlesiens bekanntlich verschiedener Meinung und hat seit einer viel beachteten Rede des schlesischen Parteiführers, Genossen Loebe, auf einem der letzten schlesischen Bezirksparteitage von sozialdemokratischer Seite den Gedanken eines selbständigen Bundesstaates vom Umfange der ganzen heutigen Provinz Schlesien für besser vereinbar mit dem Fortschritt der Reichseinheit in den Vordergrund gezogen. Die Agitation für die oberschlesische Autonomie, wie sie vor allem von Zentrumsseite betrieben wird, entspricht aber in jedem Falle der Reichsverfassung. Darüber hinaus hat die Reichsregierung und auch die Preußische Regierung vor der oberschlesischen Volksabstimmung zugesagt, daß eine freie Abstimmung über die Autonomiefrage stattfinden soll und daß ihr Ergebnis loyal respektiert wird.

•

Von maßgebender Seite wird dem „Vorwärts“ hierzu mitgeteilt, daß die Preußische Regierung bisher in bezug auf die oberschlesische Autonomiefrage äußerste Zurückhaltung geübt hat und nie daran gedacht hat, Gelder zu den angegebenen Propagandazwecken zu verausgaben. Wenn tatsächlich die von der „Volksstimme“ in Gleiwitz gemeldete Propaganda erfolgt, so kommen hierfür nur private Mittel in Frage kommen.

Verbrecherisches Gesindel.

Nationale Mörderbanden in Oberschlesien.

Aus Gleiwitz wird uns geschrieben: Die Vorgänge, die sich vergangene Woche im Gleiwitzer Stadtteil Petersdorf abgespielt haben, zeugen von außerordentlicher Feigheit und Verkommenheit der Täter, sowie deren Hintermänner. Eine größere Anzahl Selbstschutzler, „Flüchtlinge" und Stoßtruppler, überfallen des nachts 2 Uhr die friedlich in ihren Betten liegende französische Wache. Sie umzingelten das Schulgebäude und die Turnhalle, in der sich die Wache, die aus ca. 120 Mann besteht, befindet, schießen von einem gegenüber liegenden Hausdache mit Maschinengewehren durch die Fenster der Schlafräume und werfen in diese Handgranaten. Die vor dem Gebäude stehende Wache hat man vorher ermordet. Die Zahl der Opfer ist amtlich noch nicht bekannt gegeben. Gerüchtweise sollen von den Soldaten 50 tot und schwer verletzt sein. Während auf Seiten der Verbrecher 4 Tote zu verzeichnen sein sollen.

Der Ueberfall wirft ein grelles Schlaglicht auf die in Oberschlesien herrschenden Zustände. Die scheinbar verbotenen Geheimorganisationen blühen und gedeihen hier. Fast täglich werden größere und kleinere Mengen Waffen aller Gattungen seitens der Interalliierten Truppen beschlagnahmt und immer wieder werden neue Waffensendungen hereingeschmuggelt. Erst vor zwei Wochen wurden im Gleiwitzer Schlachthof zwei Waggonsendungen Karabiner, Munition und Maschinengewehre beschlagnahmt.

Der beste Beweis, daß sogar die höhere Beamtenschaft bei diesen Dingen die Hand mit im Spiele hat, ist der, daß eine der Hauptbrutstätten die Staatliche Wagenwerkstatt in Gleiwitz ist. Dort wurden schon verschiedentlich Waffen beschlagnahmt. Auch bei der letzten Waffensuche wurde wieder ein größeres Quantum zutage gefördert. Der Bureauvorsteher Meier ist flüchtig geworden. Die Arbeiterschaft und der Betriebsrat in der Wagenwerkstatt ist christlich organisiert, bietet also für das Orgesch- und Stoßtrupplerwesen ein besonders dankbares Material.

Das Zentrumsorgan in Gleiwitz, die „Oberschlesische Volksstimme", rückt ganz energisch von den Verbrechern ab und schreibt unter anderem:

„Während die Reichspolitik erfolgreich den Gedanken der Versöhnung in der Welt propagiert, zerstören nationalistische Hitzköpfe die Arbeit, die Dr. Wirth, Rathenau und Dr. Mayer in Paris so erfolgversprechend begonnen haben. Man denke sich die Rückwirkung der Petersdorfer Vorgänge auf die französische Bevölkerung. Die Chauvinistenpresse in Paris hat es leicht, angesichts dieser Vorgänge den ernsten Versöhnungswillen der Deutschen anzuzweifeln. Deswegen muß mit allem Nachdruck betont werden, daß weder die oberschlesische Bevölkerung noch die Mehrheit des deutschen Volkes mit den Petersdorfer Attentätern etwas gemein haben will. Sie genießen bei uns keinerlei Sympathie (?), sondern im Gegenteil, ihre frevelhafte Tat findet auch in unseren Kreisen nachdrücklichste Verurteilung."

Was wird aus den Bezirkswirtschaftsräten?

Daß in dem Bestreben, geeignete Vertretungen der Arbeiter zu schaffen, vielfach in die Irre gegangen wird, zeigt der Plan der sächsischen Regierung, eine Arbeitnehmerkammer zu errichten. Bremen hat dies schon getan, in anderen Staaten wird es von den Arbeitern gefordert.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß dieses Hin- und Hergezerre den Arbeitern nichts nützt, daß es vielmehr die Unternehmer sind, denen damit in die Hände gearbeitet wird.

Zu verstehen ist, daß die Arbeiter drängen. Es wird über die Rätegesetzgebung zwar viel geredet, aber man sieht nicht, daß es damit weiter geht. Aufhäuser (Berlin), ein Mitglied des Verfassungsausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, veröffentlicht in der Februar-Nummer des Mitteilungsblattes des Allgemeinen freien Angestelltenbundes einen Artikel mit obiger Ueberschrift, der über den Stand der Dinge recht gut unterrichtet und den wir deshalb auszugsweise zum Abdruck bringen. Aufhäuser sagt:

„... Mit den Vorarbeiten zur Ausführung des Art. 165 ist zunächst der Vorläufige Reichswirtschaftsrat betraut worden, der sich dieser Aufgabe nun schon seit vielen Monaten mit sorgfältiger und sachlich tiefgehender, umfangreicher Tätigkeit gewidmet hat. Diese Vorarbeiten, die von einem besonderen Verfassungsausschuß unter Vernehmung zahlreicher bedeutender Sachverständiger geleistet wurden, waren auch keineswegs erfolglos. Sie haben einmal gezeigt, daß der Art. 165, abgesehen von dem oben erwähnten Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie, in seinen Einzelheiten wenig durchdacht, in seiner Formulierung ungenau und vieldeutig ist. Die damalige Regierung war im Frühjahr 1919 in gewaltigen revolutionären Kämpfen der Arbeiterschaft zu Zugeständnissen gezwungen worden, die sie unter dem Sammelbegriff „Gesetzliche Verankerung des Rätesystems" bewilligte. Der Wunsch, den Generalstreik zum Abbruch zu bringen, bedingte es, in wenigen Stunden zu entscheiden, und es ist wohl mit diesen Schwierigkeiten zu erklären, wenn die für wirtschaftliche Organisationsfragen erforderliche Gründlichkeit der Behandlung damals zu kurz gekommen ist. Der Verfassungsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats hatte Gelegenheit, die Ungenauigkeit und die Lücken des Art. 165 nunmehr festzustellen. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der Aufbau von Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat nicht ausreicht, sondern die Bezirksräte nur die Mittelstufe bilden können, die noch einen entsprechenden Unterbau erhalten müssen, der sich territorial und teilweise auch, soweit es sich um den Aufgabenkreis handelt, an die bestehenden Handelskammern, Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern anlehnt. Die Bedeutung dieser bestehenden Berufskammern und ihr künftiges Schicksal haben im Art. 165 keine Würdigung gefunden, eine Tatsache, die der verfassunggebenden Nationalversammlung nicht zur besonderen Ehre gereicht. Die Aufhebung dieser bestehenden Kammern könnte nicht empfohlen werden, ohne daß sofort für dasselbe Wirtschaftsgebiet eine neue Organisation geschaffen würde. Ihr Weiterbestehen ohne organische Verbindung mit den Bezirkswirtschaftsräten würde die letzteren praktisch zur Bedeutungslosigkeit herabmindern. Schließlich haben die Untersuchungen des Verfassungsausschusses ergeben, daß Unter-, Mittel- und Oberstufe zwar theoretisch gemeinsam diskutiert, nicht aber gleichzeitig verwirklicht werden können.

Die bisherigen Erörterungen über die Abgrenzung der Bezirkswirtschaftsgebiete, wie über deren Aufgabenkreis haben trotz aller Mühe noch keine feste Gestalt bekommen können, weil eben jede Erfahrungspraxis aus den Organisationen im Unterbau fehlt. ... Insbesondere aber haben die Arbeitnehmer kein Interesse daran, eine formale Erfüllung der Verfassung zu wünschen, bei der ein Bezirkswirtschaftsrätegebäude errichtet wird, das zunächst nur auf Paragraphen gestützt ist, während das ökonomische Fundament fehlt. Die Arbeitnehmervertreter aller Richtungen und mit ihnen viele andere Mitglieder des Verfassungsausschusses sind deshalb der Meinung, daß man sich zunächst auf die Schaffung von Wirtschaftskammern konzentrieren muß und daß diese Unterstufe erst einmal in Tätigkeit sein muß, bevor man sich auf Einzelheiten der Mittelstufe, der eigentlichen Bezirkswirtschaftsräte, festlegen sollte, d. h. der Ueberbau muß aus dem Unterbau der gesamten Räteorganisation herauswachsen.

Das großkapitalistische Unternehmertum ist mit diesem Plan ganz und gar nicht einverstanden. ...

Die organisierten Handels- und Industrievertreter sträuben sich auch vor allem dagegen, daß in der Unterstufe die bestehenden Kammern für Handel und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft so umgestaltet werden, daß sie dem im Art. 165 ausgesprochenen Gedanken der Gleichberechtigung von Unternehmer- und Arbeitnehmertum entsprechen. Sie haben nichts dagegen, daß zwar in der Mittelstufe paritätische Bezirkswirtschaftsräte gebildet werden. Da die Verfassung nicht wörtlich davon spricht, daß auch die bestehenden Handelskammern paritätisch auszugestalten sind, so verweigern sie beharrlich den Angestellten und Arbeitern den Eintritt in ihre Kammern. Einer der Handelskammervorsitzenden meinte recht offen, daß die Arbeitnehmer dort nur Fremdkörper bilden würden, durch die sich die Herren Unternehmer natürlich gestört fühlen. ...

Auch die breiten Schichten der Angestellten (das gilt natürlich von den Arbeitnehmern im allgemeinen. D. R.) müssen sich mehr als bisher darüber klar werden, daß die Handelskammern einen entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung und die Gestaltung der gesamten Wirtschaft ausüben. Hier genügt es nicht, daß die Arbeitnehmer in den Bezirkswirtschaftsräten Sitz und Stimme haben, es genügt aber ebensowenig, daß etwa in der Unterstufe neben den Unternehmerhandelskammern noch reine Arbeiterkammern gebildet werden. Das wertvolle wirtschaftliche Material bliebe dann lediglich bei den Unternehmerkammern, und die aus einer amtlichen Vertretung erwachsenden Befugnisse könnten nur einer der beiden Kammern übertragen werden. Die Arbeiterkammer in der Unterstufe wäre, obgleich sie vielleicht auf den ersten Augenblick als die radikalere Forderung erscheint, eine dekorative Einrichtung, der Einfluß verbliebe bei dem Unternehmertum. In diesem Zusammenhang darf beispielsweise an den dominierenden Einfluß erinnert werden, den die Handelskammern heute auf den Reichsrat ausüben, der dem Reichstag wie dem Reichswirtschaftsrat immer wieder in die Zügel fällt. ...

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß der Wert der gesamten Räteorganisation damit steht und fällt, ob es gelingt, die bisher einseitigen Unternehmerhandelskammern zu Wirtschaftskammern umzubauen, in denen den Arbeitnehmern die gleiche Möglichkeit amtlicher Einwirkung gewährleistet wird, wie sie bisher nur dem Arbeitgebertum zur Verfügung stand.

Dieselbe Umgestaltung der Handwerks- und Landwirtschaftskammern ergibt sich ohne weiteres als eine Notwendigkeit. Dabei wenden wir uns gegen das Verlangen der Agrarier, die Zusammensetzung der Landwirtschaftskammern derart zu dritteln, daß Großgrundbesitz, kleinbürgerlicher Besitz und Landarbeiter gleichmäßig berücksichtigt werden, denn damit wäre die Entrechtung der Arbeiter zum Grundsatz erhoben. Das Bauerntum muß sich mit den Großkapitalisten der Landwirtschaft in die Unternehmersitze teilen, die Hälfte aller Sitze haben die Landarbeiter und Angestellten zu beanspruchen. ..."

Volkswirtschaft.

Das Existenzminimum im Januar 1922.

Von Dr. R. Kuczynski.

(Nachdruck verboten.)

Infolge der starken Ermäßigung der Einkommensteuer waren die Kosten des Existenzminimums im Januar trotz Steigerung zahlreicher Preise etwas niedriger als im Dezember. Teurer als im Januar 1921 waren vor allem Brot, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Gemüse, Milch. Der Berichtsmonat war der erste, in dem hier nur Brot an die Gesamtbevölkerung verteilt wurde. Es kostete 16mal soviel wie im Januar 1914. Für die meisten nicht rationierten Lebensbedürfnisse war die Preissteigerung noch wesentlich größer. Gas kostete 20mal soviel wie vor acht Jahren, Briketts 24mal soviel, Milch und Zucker 27mal soviel, Margarine 29mal soviel, Reis 35mal soviel, Speck 36mal soviel, Kartoffeln 51mal soviel.

Beziffert man den wöchentlichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 11 200 Kalorien, den einer Frau auf 16 800 Kalorien und den eines Mannes auf 21 000 Kalorien und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 38 Mk., für eine Frau auf 77 Mk., für einen Mann auf 104 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Januar 1914 für ein Kind 1,48 Mk., für eine Frau 2,94 Mk., für einen Mann 3,82 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billiges frisches Fleisch und billige Kartoffeln damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung standen. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

	Preis Jan. 1922 Pfg.	Preis Jan. 1914 Pfg.
2050 Gramm Brot (rationiert)	600	50
250 Gramm Roggenmehl	230	7
250 Gramm Hafferflocken	305	13
2500 Gramm Kartoffeln	660	13
1000 Gramm Gemüse	280	10
125 Gramm Margarine	585	20
250 Gramm Zucker	330	12
1 Liter Milch	610	23
Zusammen für ein 6—10jähr. Kind	3800	148
250 Gramm Brot (freier Handel)	200	6
250 Gramm Graupen	335	10
250 Gramm Speisebohnen	300	11
1000 Gramm Kartoffeln	265	5
1500 Gramm Gemüse	420	15
250 Gramm Büchsenfleisch	975	56
125 Gramm Speck	820	23
125 Gramm Margarine	585	20
Zusammen für eine Frau	7700	294
500 Gramm Reis	775	22
250 Gramm Erbsen	315	10
125 Gramm Speck	820	23
250 Gramm Salzheringe	175	18
125 Gramm Margarine	585	20
Zusammen für einen Mann	10370	382

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 11 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 27,60 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 15 Mk. (0,75 Mk.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 55 Mk. (2,50 Mk.), Frau 37 Mk. (1,65 Mk.), Kind 18 Mk. (0,85 Mk.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Prozent (1913/14: 25 Prozent) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kind.
Ernährung	104	181	257
Wohnung	11	11	11
Heizung, Beleuchtung	43	43	43
Bekleidung	55	92	128
Sonstiges	53	81	109
Januar 1922	266	408	548
Dezember 1921	271	417	557
Januar 1921	152	231	320
Januar 1920	114	167	220
Aug. 1913 / Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 und 1921 vgl. mein Buch „Vor der Revision", Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Januar 1922 für einen alleinstehenden Mann 44 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 68 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 91 Mk. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 13 900 Mk., für das kinderlose Ehepaar 21 300 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 28 600 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Januar 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 266 Mk., d. h. auf das 15,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 408 Mk., d. h. auf das 18,3fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 548 Mk., d. h. auf das 19fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt annähernd 6 Pfg. wert.

Viehmärkte.

Rinder- und Schafmarkt.

Hamburg, 9. Februar.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt: Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: I. Qualität Ochsen und Quien 1400—1500 Mk., II. Qualität 1200—1300 Mk., III. Qualität 1000—1150 Mk., IV. Qualität 750—900 Mk. I. Qualität Bullen 1200—1300 Mk., II. Qualität 1000—1100 Mk., III. Qualität 900—1000 Mk., IV. Qualität 700—800 Mk. Vollfleischige und fette Kühe bis 5 Jahr alt 1300—1400 Mk., ältere fette Kühe 1100—1250 Mk., mäßig genährte 850—1000 Mk., gering genährte 600—800 Mk. I. Qualität Stallmastschafe —— bis —— Mk., II. Qualität 1000—1150 Mk., III. Qualität 850—950 Mk., I. Qualität Weidemastschafe 1250 bis 1300 Mk. Zufuhr 625 Rinder (hierunter 112 Ochsen, 43 Quien, 62 Bullen, 408 Kühe) und 100 Schafe. Der Auftrieb war zu gering, es wurde langsam zu bedeutend erhöhten Preisen geräumt.

Devisen-Kurse.

Berlin, 9. Februar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		9. Febr.	8. Febr.
Amsterdam	100 fl.	7167.80	7415.55
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1593.40	1620.85
Kristiania	100 Kr.	3186.80	3251.70
Kopenhagen	100 Kr.	3956.—	4055.90
Stockholm	100 Kr.	5009.95	5184.80
Helsingfors	100 finn. Mk.	879.60	889.60
Rom	100 Lire	956.50	954.—
London	1 £	841.65	866.60
New York	1 Doll.	191.55	198.80
Paris	100 Frs.	1668.80	1693.80
Zürich	100 Frs.	3741.25	3838.60
Madrid	100 Pesetas	3046.95	3096.90
Wien	100 K.	6.78	6.48
Budapest	100 K.	30.96	30.46
Prag	100 K.	362.10	376.10

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage Std.
Angekommen am 9. Februar.					
D.		Minlos 1	Philipp	Rea	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leberz; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Staunend billig

sind meine **Leder-Sohlen** im Ausschnitt.

Konkurrenzlos billig:

Gummi-Absätze ✶ Gummi-Sohlen

erstklassige Marken.

REFORM

Leder- und Bedarfsartikel-Handlung

Stepperei

Nur 50 Hüxstr. 50

Inhaber: **Robert Jentzen.** 12928a

Sie können auf jede Reparaturstepperei warten.

Solange Vorrat reicht!

Jeden Tag im Markthallenstand 9 die beliebten

Ochsen- und Hammelbacken.

(12886) **Westphal und Nehlsen.**

Kaufen Sie jetzt!

Wir sind billig!

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

Sehr starke Schuhwaren!

Schaftstiefel	275.—
Arbeitsstiefel, Größe 44—49	175.—
Arbeitsstiefel	245.—
Konfirmandenstiefel, Größe 36—39	192.—
Lehr-Gamaschen	210.—
Kinderstiefel, Größe 31—35	
Warme Hausschuhe, Pantoffel usw.	

Spezial-Abteilung: **Schuhwaren.**

Herren-Anzüge	275.—
325.—, 750.—, 1450.—	
Starke Manchester-Hosen	225.—
Graue Drellhosen	64.—
Graue Drellacken	79.—
Feldgraue Hosen	175.—
1 Posten eins. Westen	53.—

Eleg. Damenkostüme	240.—
Eleg. Damenkostüme 450.—, 750.—	
Damen-Mäntel 480.—, 750.—	

Blusen, Röcke

Ehlers & Reetwisch

Ecke Holstenstr. St. Petri 2 u. 4.

Reelle blaue (12925

Konfirmandenanzüge	495.—
Gummimäntel, eleg.	575.—

Morgen Sonnabend:

Pr. fett. Rollfleisch

A. Steinert,

Marlesgrube 27.

(12926

Spez. Verlobungsringe

333, 585 750 u. 900 gest.

Silberwaren. Schmucksachen.

Taschen- u. Weckuhren

Willi Westfehling

32 Holstenstraße 32

Uhren- und Goldwaren Reparatur-Werkst. (12884

Metalle

Kupfer, Messing, Blei, Zink, Lumpen, Knochen, Eisen geb. Zeitungen, Flaschen, Felle und Haare kauft zu **höchsten Preisen**

St. Annenstraße 12.

(12917

Viel Geld!

Zu kaufen gesucht

alte Zahngebisse,

auch einzelne Zähne.

Wegen dringenden Bedarfs (bei Verw.) zahle ich sehr hohe Preise, aber nur am **Sonnabend dem 11. Februar v. 2 bis 5 Uhr.** (12931

M. Pohling,

Holstenstr. 30.

Gesichtsausschlag

Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden weit sehr schnell, wenn man den Schaum von **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** abends eintrocknen läßt, Schaum erst morgens abwaschen und mit **Zucksob-Creme** nachfettet. Großartige Wirkung, vom Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften.

(12818

Zentral-Theater

Johannisstraße 25. Bis Montag! Fernruf 1359.

Yama die Gottheit des Todes.

Indisches Mysterium von Liebe und Leid in 5 Akten.

Das Grabmal des Satans.

Spannender Kriminalfilm in 5 Akten mit **Max Grünberg** und **Rudolph Klein-Rhoden.** (12930

Gerhards Sommerreise. Lustspiel in 2 Akten.

Spielzeit 4—11 Uhr. Künstlerische Musikbegleitung.

Sonntag ab 2 Uhr: **Große Kinder-Vorstellung.**

Frische große

Norweg. Heringe,

Paul Lohrmann

12920) Hundestr. 95.

Karl Lahrtz

Böttcherstraße 16. (12937

Dickt. Ochsenfleisch	14 M.
Bratenstücke	14 M.
Beefsteak, Rollfleisch	16 M.
fett. Schweinefleisch	21 M.
Rücken u. Nacken	23 M.
Kalbfleisch	13 M.
Speckseite	26 M.

Best. weiß. Schmalz 29 M.

Paul Levi:

Unser Weg.

Widerden Preischiemne 4 Mark.

Buchhandlung

Fr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Möbel (12840

Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen.

Boldt's Möbellager

Fischergrube 25/27.

Montag, den 13. Februar,

abends 8 Uhr,

im großen Saale der **„FLORA“,**

Neuenhofstraße, sprechen

Dr. Nestriepke-Berlin und Prof. Anthes-Lübeck

über: (12902

Aufgaben und Ziele der Volksbühne.

(Siehe Plakate).

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Ausschuß.**

Luisenlust.

Morgen, Sonnabend, 11. ds. Mts. (12922

Großer Preis-Familien-Maskenball.

Jeder Gast ist herzl. willkommen.

Abonnenten zahlen nur halbe Eintritts-Preise.

Um 12 Uhr: Gr. Ueberraschung..

Geldpreise! Geldpreise!

Achtung! Jeden Sonnabend: Achtung!

Unterhaltung mit Tanzkränzchen

in der **Margarethen-Burg,**

wozu freundlichst einladet **H. Laudan.** (12906

Gesangverein „Einigkeit“, Marli

Einladung zum (12909

KAPPEN-FEST

am Sonntag, dem 12. Februar 1922

im Lokale „Neu-Lauerhof“.

Anfang 5 Uhr. Ende??

Der Saal ist gut geheizt. **Das Komitee.**

Friedrichshof.

Sonnabend, den 18. Februar 1922: (12919

Gr. Volksmaskerade.

Zentralhallen.

Morgen Sonnabend: (12914

Großer Ball.

Anfang 7 Uhr. Ende? Das Komitee.

Waisenhof Jeden Freitag und Sonntag: **Tanz.** (12888

Ata

Henkel's Scheuerpulver

putzt reinigt Alles!

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.

Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.

Preis das Paket Mk. 1.50

(12897

Volkshochschule.

Sonnabend, 11. Febr. abends 8 Uhr (12925 in der Aula des Lehrerseminars:

Vortrag

des Herrn Rechtsanwalt H. Brehmer über: **Wohnungs- und Siedlungsfragen.**

Eintritt für Hörer frei; Nichthörer 1 Mk.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck. (12910

Versammlung

der

Roll- und Blockwagenkutscher

am Sonnabend, d. 11. Febr. abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission

Die Ortsverwaltung.

Dr. Hausch's Heilseife

Gesetzl. geschützt prämiert. Bewährtes Mittel gegen Hautausschlag, Flechten, Hautjucken, Pickel, Rote Kopfschuppen. Erzielt die glänzendsten Erfolge als **Kinderseife.** Regelmäßiger Gebrauch schützt vor ansteckenden Krankheiten u. Wundsein, verleiht einen zarten Hautteint. Zu haben in den Apotheken u. Drogerien

(12906

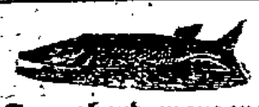
Hasen-, Kanin-, Ziegen-, Kalb-, Reh-

Felle,

sowie Füchse, Marder, Iltisse, Wiesel, Katzen usw., desgl. Pferde-, Kuh- u. Schweinshaare kaufen zu allerhöchsten Tagespreisen **Gebr.**

Wagner

Holstenstr. 8. F. 3414.



Sonnabend morgen:

Frischen Seelachs, Lengfisch, Seeaal, Fischkarbonade, Wildenten, abgezogen

Johs. Boy.

Markthallenstd. 46, 47

Fernruf 8275. (12927

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck. (12908

Versammlung

der

Elektriker

am Sonnabend, d. 11. Januar abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Die Ortsverwaltung.

Sparklub Bienenhaus.

Am Sonnabend, dem 11. Februar:

Großer Ball

in der

Friedrich-Franz-Halle.

Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein (12912

Das Festkomitee.

Preis-Skat

am Sonnabend, 11. Februar abends 7½ Uhr (12916

Best. Johs. Jürß,

Engelsgrube 59.

Hansatheater.

Heute Freitag

12895) 7½ Uhr:

9. Vorst. i. Freitag-Ab.

Honolt tanzt Walzer.

Sonnabend, 7½ Uhr: Auf vielseitigen Wunsch **Das Millionensoupper.**

Sonntag 7½ Uhr: Gastspiel der 1. Operettensängerin **Ada Driesen** in **Honolt tanzt Walzer.**

Im 2. Akt Tanzeinlagen von der Ballettmeisterin Frau **E. Viesig-Schmidt.**

Stadttheater Lübeck

Freitag, 10. Febr., 7 U. **Macbeth.** (12899

25. Ab.-Vorst. Bchst. A.

Sonnabend, 11. Feb., 7 U. Zum letzten Male **Lohengrin.**

12. Abonn.-Vorst.

Sonntag, 12. Febr., 3 U. 6. Vorstell. f. d. Plattdeutsche Volksgilde: **Stratenmusik.**

7.30 Uhr: **Boheme.**

Montag, 13. Febr., 7 U. 4. Vorst. f. d. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bünde: **Götz v. Berlichingen.**

Frisch gesalzene Schweinepfoten

Pfund Mk. 9.—

(12921

Gehacktes	Pfd.	**12** Mk.
Beefsteakhack	Pfd.	16 Mk.
Gefrierfleisch	Pfd.	12 Mk.
Beefsteak und Rollfleisch	Pfd.	14 Mk.
Ia. Quienfleisch	Pfd.	16 Mk.
Prima Schweinefleisch	Pfd.	22 Mk.
Karbonade	Pfd.	24 Mk.
Hammelfleisch	Pfd.	15 Mk.
Kalbfleisch	Pfd.	14 Mk.
Pa. geräucherte Mettwurst	Pfd.	28 Mk.
Gekochte Mettwurst	Pfd.	22 Mk.
Pa. Leberwurst	Pfd.	24 Mk.
Ia. Leberwurst	Pfd.	16 Mk.

Carl Möller,

Schlachterei. Fernruf 2336. Wickedestr. 44

Beitragsmarken

für Vereine, Gewerkschaften

fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Siedlung und Kleingarten.

Vierseitige Zeitung in Kupfertiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksbotenleser monatlich nur sechszig Pfennig.

Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

Beilage zu Nr. 35
29. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag, den 10. Februar 1922

Freistaat Lübeck.

Freitag, 10. Februar.

Umgehung des Milchpreises.

Der Milchpreis ist bekanntlich am Dienstag in der Sitzung des Landesversorgungsamtes um 20 Pfg. pro Liter erhöht und auf **5,40 Mk.** festgesetzt worden. In dieser Sitzung, an der außer den Vertretern der beiden hiesigen Meiereien auch Vertreter der Milchhändler teilnahmen, wurde mit Nachdruck hervorgehoben, daß **dieser Preis unter keinen Umständen überschritten werden dürfe.** In der einige Tage zuvor stattgefundenen Sitzung der Milchkommission wurden sogar ganz scharfe Maßnahmen seitens der Behörden wegen Preisüberschreitung in Aussicht gestellt. Der Milchpreis richtet sich entsprechend den früheren Beschlüssen nach dem Durchschnittsbutterpreis des Vormonats. Dieser betrug im Januar 44 Mk. und so wurde, da der zehnte Teil dieses Preises als Milchpreis gilt, für das Liter 4,40 Mk. als Erzeugerpreis festgelegt. Wo die Milch von den Meiereien oder Händlern vom Stall abgeholt wird, ermäßigt sich der Preis nach Vereinbarungen mit den Landwirten um 20 Pfg. pro Liter. Zu dem vorgenannten Preise **tritt für Händler ein Aufschlag von einer Mark pro Liter,** der allgemein für ausreichend gehalten wurde und mit dem die Händler sich auch einverstanden erklärten. Kaum aber sind diese Preise festgesetzt, so finden sich schon wieder einige Händler, die diesen Preis dadurch umgehen, daß sie in Fällen, wo die Milch ins Haus gebracht wird, einen **Bringerlohn von 20 Pfg. und mehr für das Liter verlangen.** So wird **auf Umwegen die Milch verteuert und die Preisfestsetzung illusorisch gemacht.** Die Behörde, die scharf die Einhaltung der Preise überwachen will, sollte hier sofort eingreifen. Bürgert sich erst einmal ein „Bringerlohn" ein, so nützen überhaupt keine Preisfestsetzungen mehr, da die Gefahr besteht, daß der sogenannte **Bringerlohn immer höher getrieben** wird. Zu beachten ist, daß nicht nur ein Kleinhandelspreis, sondern auch ein Erzeugerpreis festgelegt worden ist. Nach diesem Preis haben sich die **Landwirte ebenso zu richten wie die Händler.** Mit einem Aufschlag von einer Mark pro Liter hat letzterer sein Auskommen und kann auf den Bringerlohn verzichten. Im Interesse der Allgemeinheit erwarten wir, daß die Behörde den Milchverteuerern das Handwerk legt, sonst gibt es eine Preisschraube ohne Ende

---

Lohnbewegung in den Wäschereibetrieben. Ueber Verhandlungen zwischen dem Verein der Wäschereibesitzer und dem Bekleidungsarbeiter-Verband wird uns geschrieben: „In Anbetracht der Steigerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände sind, wie in allen anderen Branchen auch in den Wäschereibetrieben die bestehenden Lohnsätze ordnungsmäßig gekündigt worden. Auch eine Forderung wurde eingereicht und zwar ab 1. Dezember 1921 für erstklassige Plätterinnen 5 Mk. Stundenlohn zu bezahlen. Unseres Erachtens eine bescheidene Forderung für eine gelernte erstklassige Arbeiterin, die niedrigeren Klassen seien hier garnicht erwähnt, weil es beschämend ist, einem Menschen zuzumuten, mit einem so niedrigen Lohn bei der heutigen Teuerung zu existieren. Diese Forderung wurde von den Arbeitgebern ohne jegliche Verhandlung mit der einfachen Begründung abgelehnt, sie könnten sie nicht bewilligen. Es blieb dem Verbande sodann nur der Weg zum Schlichtungsausschuß offen. Dieser ist beschritten worden. Der Schlichtungsausschuß fällte folgenden Schiedsspruch: Erhöhung des Stundenlohnes um 1 Mk. in allen Klassen, gleich 4,30 Mk. für erstklassige Plätterinnen. Auch dieser Schiedsspruch ist abgelehnt worden, sogar ohne Einberufung einer Versammlung der Arbeitgeber. Die ganze Sache ist darum dem Demobilmachungskommissar zwecks Verbindlichkeitserklärung unterbreitet worden. Dieser erklärte sich als nicht befugt, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, jedoch wurde zugesagt, wenn möglich eine Einigung herzustellen. Es wurde zu diesem Zwecke der Vorsitzende der Wäschereibesitzer-Vereins, Herr Malchow, zweimal geladen. Beide Male ist der Herr mit harmlosen Entschuldigungen den Verhandlungen ferngeblieben. Es ist leicht erklärlich, aus welchen Gründen die Arbeitgeber sich sträuben, eine einigermaßen den Verhältnissen entsprechende Entlohnung ihrer Arbeiterinnen vorzunehmen. Nicht aus Gründen, die sie ihren Arbeiterinnen vorpredigen. Z. B.: sie könnten nicht zahlen, weil das Geschäft schlecht geht, oder sie müßten ihr Geschäft schließen, falls eine Lohnerhöhung stattfindet. (Dabei erhöhen die Arbeitgeber dauernd ihre Preise.) Mit derartigen Redensarten will man nur die Arbeiterinnen verdummen. Unseres Erachtens muß die Wäscherei nach dem flotten Leben einiger Inhaber von Wäschereibetrieben auf Kosten der Arbeiterinnen ein ganz einträgliches Geschäft sein. Des weiteren wird neuerdings von den Inhabern der Firma Mau und Malchau versucht, die Arbeiterinnen aus dem Verband zu bringen, natürlich um noch mehr Profite einheimsen zu können. Arbeiterinnen dieser Branche, laßt Euch von den Unternehmern nicht betören, wenn die Unternehmer auch sagen, sie wollen euer bestes. Es ist nicht der Fall, sie wollen nur ihre Profite erhöhen, während Ihr nicht einmal euch satt essen könnt. Haltet fest zum Verband. Die dem Verband noch Fernstehenden müssen ihm zugeführt werden. Auch den Eltern rufen wir zu: Sorgt, daß eure Töchter sich der Organisation anschließen, denn nur eine starke Organisation gewährt dem Arbeiter Schutz vor Ausbeutung.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Lübeck.

Tagesordnung der Bürgerschaft am Montag: I. Mitteilungen des Senates. II. In der Versammlung vom 30. Januar 1922 unerledigt gebliebene Anträge des Senates: 1. Erhöhung der Staatseinnahmen. 2. Verkauf eines Bauplatzes an den Lübecker Gewerkverein. 3. Ausbau der Gebäude auf dem Grundstück Roeckstraße 50 zu Wohnungen und zu einer Jugendherberge. 4. Ueberschreitung der für die Umpflasterung der dritten Wallstraße bewilligten Mittel. 5. Erlaß eines zwölften Nachtrages zum Lübeckischen Gerichtskostengesetz vom 12. 11. 1900 und eines vierten Nachtrages zur Gebührenordnung für Notare vom 12. 11. 1900. 6. Nachbewilligung für den Einbau einer neuen Fernsprechanlage im Polizeidienstgebäude. 7. Altersversorgung der Lehrerinnen Feilcke und Lüders. 8. Verstärkung der Mittel für die Kleinkinderschulen. 9. Beihilfe an die Waldschule. 10. Beihilfe zu den Kosten für die Museen. III. Antrag von Pape: Die Bürgerschaft beauftragt einen Ausschuß von 9 Mitgliedern zu untersuchen und weiter zu überwachen, inwieweit die am 24. Oktober v. J. bewilligten 1 000 000 Mk. bezw. 1 800 000 Mk. zur ausschließlichen Verbilligung von Kartoffeln für Minderbemittelte verwendet werden. IV. Antrag von Beck: Die Bürgerschaft ersucht den Senat um eine Vorlage, wonach das Gesetz betreffs Aufwandsentschädigung für die Bürgerschaftsmitglieder dahin geändert wird, daß diejenigen Mitglieder der Bürgerschaft, die die Eisenbahn benutzen müssen, jährlich 1000 Mk. erhalten. V. Bericht des Aeltestenausschusses über die ihm zur Prüfung übermiesene Frage der Einsetzung weiterer ständiger Ausschüsse. VI. Weitere Anträge des Senates: 11. Erhöhung der Staatseinnahmen (Zweiter Ausschußbericht). 12. Nachtrag zum Gesetz vom 11. Mai 1919 die Grundsteuer für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte betreffend. 13. Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten u. w. d. a. 14. Nachbewilligung für die Friedhofsbehörde. 15. Unterstützung der Mme. Hedin. 16. Erlaß einer Wahlordnung zum Ruhelohngesetz für die lübeckischen Staats- und Gemeindearbeiter vom 23. November 1921. 17. Nachbewilligung für den Wiederaufbau der Wirtschaftsgebäude des Stadtgutes Moisling. 18. Nachbewilligung für bauliche Veränderungen in den Häusern Hüxstraße 69 und Johannisstraße 67. 19. Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter. 20. Erhöhung der Löhne für das Personal der Lübecker Straßenbahn. 21. Verstärkung der Mittel für den Betrieb der Strandfähre und der Schlutuper Fähre. 22. Nachtrag zum Gesetz betreffend die Hundesteuer. 23. Ermächtigung der Finanzbehörde zur Ausübung des Wiederkaufsrechts. 24. Beitrag für das Deutsche Auslandsinstitut zu Stuttgart.

Zugverkehr von und nach Lübeck. Von heute ab fahren die Personenzüge wieder regelmäßig und zwar verkehren auf der Strecke Lübeck—Hamburg alle Personenzüge nach und von Hamburg Hauptbahnhof. Die D.-Züge fahren vorläufig nicht. — Auf der Strecke Lübeck—Bad Kleinen fahren nur folgende Personenzüge: Lübeck ab: 8,5 morgens (nach Grevesmühlen), 12,2 mittags (nach Stettin) und 5,19 nachm. (nach Neubrandenburg). Lübeck an: 7,46 morgens (von Grevesmühlen), 10,57 vorm. (von Neubrandenburg) und 3,36 nachm. (von Stettin).

Eisverhältnisse in der Lübecker Bucht. Den Eisbrechern der Kaufmannschaft ist es gelungen, den Dampfer „Wilhelm Lüdke" am Mittwoch nachmittag zu erreichen und nach größeren Schwierigkeiten noch am Abend in Travemünde einzubringen. Am Donnerstag konnte dann auch der Dampfer „Minlos I" (früher „Libanon") aus dem Eise befreit werden; er hat am Mittag Travemünde passiert. Die Eisbrecher „Lübeck" und „Travemünde" sind am Nachmittag wiederum ausgelaufen, um auch den übrigen Schiffen baldmöglichst Hilfe zu bringen; sie werden erst heute, Freitag, in Travemünde zurückerwartet. Die Eisverhältnisse sind im übrigen unverändert. Die Rinne von Travemünde bis Lübeck wird dauernd offengehalten. — Bei Kellenhusen (bei Dahme) liegt seit einigen Tagen der Fischdampfer „Brood", der mit 2400 Zentner norwegischer Heringe nach Schlutup unterwegs war, im Eise fest. Die Mannschaft begab sich an Land und teilte mit, daß der Dampfer ohne Kohlen sei. An ein Loskommen des Schiffes auch mit fremder Hilfe ist vorläufig nicht zu denken. Ein zweiter für die Schlutuper Industriellen mit 2000 Zentnern Heringen unterwegs befindlicher Dampfer „Melchior", liegt in Kuxhaven. Auch er hat keine Kohlen mehr, so daß er auch nicht durch das Eis der Unterelbe nach Hamburg hinauskommen kann.

„Kreiskonferenz der Landarbeiter." Zu dem von uns am 20. Januar veröffentlichten Bericht über die Kreiskonferenz der Landarbeiter in Segeberg geht uns unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes folgende Erklärung zu: „Wir unterzeichneten Landarbeiter, teils Delegierte, teils Gäste der Konferenz, stellen fest, daß der Artikel in keiner Weise der Wahrheit entspricht. Der Kollege Frank war von früh ½10 Uhr bis zum Ende der Konferenz anwesend und hat in keiner Weise die Konferenz gesprengt. Die Sprengung derselben geschah dadurch, daß die Gauleitung die ganze Kreiskonferenz zu bevormunden suchte, indem sie es ablehnte, die Anträge der Kreiskonferenzteilnehmer in bezug auf Frank abstimmen zu lassen. Nicht Frank stellte solche Anträge, sondern wir Delegierten taten es. Frank stürmte nicht das Lokal, sondern er erschien ordnungsgemäß mit drei Delegierten gleichzeitig. Es umkreisten keine Trupps von Kommunisten das Lokal, sondern vom Bahnhof kommend zog nur einmal ein Zug von Delegierten der Kommunistischen Jugend zu ihrem Tagungslokal." Adolf Rockstien. Wilhelm Behrens. Wilhelm Koch. Wilhelm Schacht. Ferd. Gralke. H. Hahn." — Diese Erklärung schafft die „Heldentaten" der Kommunisten auf der Konferenz nicht aus der Welt. Frank ist von Beruf Schiffszimmerer und gehört als Gewerkschaftler dem Schiffszimmererverband an. Nach den gewerkschaftlichen Grundsätzen kann Frank niemals in den Landarbeiterverband aufgenommen werden, da er als Landarbeiter nie beschäftigt war. Um aber dem kommunistischen Heilsapostel Zutritt zu der Konferenz zu verschaffen, unternahm man, wie die kommunistische „Hamb. Volkszeitung" seinerzeit schrieb, folgenden Trick: **„Ich (Frank) ließ mich in der Ortsgruppe Travenort aufnehmen und so zog ich mit mehreren Delegierten gemeinsam nach Segeberg.** Vom Türkontrolleur wurde ich anstandslos durchgelassen." — Diese Feststellung genügt, um das Treiben der Kommunisten erkennen und würdigen zu können.

Anrechnung von Krankengeld auf die Rente. Heilbehandlung auf Kosten des Reiches kann einem nicht krankenversicherten ehemaligen Heeresangehörigen vom Versorgungsamt auch dann gewährt werden, wenn glaubhaft dargetan ist, daß die Gesundheitsstörung, die eine ärztliche Behandlung notwendig macht, auf eine bisher noch nicht anerkannte Dienstbeschädigung zurückzuführen ist. Während dieser ärztlichen Behandlung, die nur befristet ist, kann das Versorgungsamt ein Krankengeld zubilligen. Wird dann später dem Beschädigten eine Rente zuerkannt, so wird bei der erstmaligen Auszahlung der Rentengebührnisse nur der Teil des Krankengeldes in Anrechnung gebracht, der bei einer Zusammenrechnung von Rente und Krankengeld den Betrag der Voll-

---

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schücking

25. Fortsetzung.

„Peter," sagte der Offizier, sich auf seinem Pferde zurückwendend, „komm einmal heran!"

Der Soldat stachelte seinen Gaul vor: „Befehlen, Herr Leutnant!"

„Hör' Bursche, wir wissen nicht, zu welchen Leuten wir kommen; sei einmal kein Esel, sondern besonnen und vorsichtig; halt dich stille, aber mach Augen und Ohren auf; verstehst du mich? Mach dich an irgend eines der Mädchen, die viel bei der Herrschaft ist, bei Tische aufwartet oder irgendwo sonst ein Wort aufschnappt."

„Ich will schon kundschaften," sagte der Soldat.

„Wenn man dich die Nacht über fern von mir einquartieren will, so leid es nicht; sag, ich wäre gewohnt, dich nachts in meiner Nähe zu haben; hab' auch ein Auge auf die Pistolen und sorg, daß das Pulver auf der Pfanne nicht feucht wird. Laß die Sättel heut nacht auf den Pferden."

„Befehlen Herr Leutnant!"

„Das wird das alte Kastell sein; es ist wüst, wie es scheint, aber es wird sich schon etwas daraus machen lassen; die Lage ist nicht übel."

Die Hufe der Pferde schlugen die Planken einer Brücke und gleich darauf das unebene und höckerige Pflaster des Hofes von Diependahl.

Der lange Junker Philipp stand in Hemdärmeln und haute im Scheine der sinkenden Abendsonne mit einem Beile Tannenstämmchen zu Bohnenstangen zurecht; als er die beiden Reiter geradenwegs auf den Hof zukommen sah, sprang er erschrocken in das Herrenhaus.

Der Freiherr von Katterbach, dem wie ein Damoklesschwert ein Urteil der pfälzischen Hofkammer in Untersuchungssachen wegen seiner Angriffe auf den von Driesch überm Haupte schwebte und der nur den Trost hatte, den auch Damokles sich nachgerade gemacht haben mag, daß das Schwert doch immer hing und nie fiel — war die Nachricht, daß zwei bewaffnete Reiter, einem Militärkommando so ähnlich wie ein Ei dem andern, auf seinem Hofe hielten, höchst unangenehm. Er wanderte gerade ruhig durch den Flur, um in ein gegenüberliegendes Zimmer zu gehen, als Philipp durch die offene Haustür hereinsprang, ihn am Aermel faßte und leise zuflüsterte: „Zwei Dragoner, Vetter; da, sie sind schon abgestiegen!" Der Freiherr stieß einen Fluch aus. „Philipp, hol' die Knechte und die Halfner zusammen — denen wollen wir heimleuchten!"

Die beiden Fremden hatten ihre Pferde an ein Gartengitter gebunden und traten über die beiden Stufen, die ins Haus führten. Philipp, der sich nicht in Hemdärmeln mit einem Beile in der Hand überraschen lassen wollte, sprang hinter den geöffneten Flügel der Haustür, während der Hofrat mit untergeschlagenen Armen schweigend dastand, die Runzeln seines Gesichts in eine durchaus nicht gastliche Physiognomie verzog und die Ankommenden erwartete.

Sporen und Säbel klirrten auf der Flur; der Leutnant machte einen militärischen Gruß und verlangte den Hofrat Freiherrn von Katterbach zu sprechen.

„Der bin ich; was will Er?"

Der Offizier stotterte; sein Kopf machte einige schwankende Bewegungen, unmerklich, aber doch bezeichnend bei Leuten, die ihrer selbst, des Eindrucks, den ihre Worte machen oder ihrer Sache nicht sicher sind, und blickte etwas scheu bald den Hofrat, bald die Wände an.

„Kommt er von Düsseldorf?" sagte dieser.

„Von Düsseldorf? nein; ich hab ein eigen Angelegenheiten mit Ihnen — mit Ihm — korrigierte er sich, um nicht höflicher zu sein als der Hausherr, „ein Geschäft abzumachen."

„Treten Sie hier herein," versetzte Katterbach freundlicher und führte den Fremden in ein Zimmer.

Philipp lauschte hinter der Tür; der Soldat, der gleich beim Eintreten sein Kundschafteramt auszuüben begonnen hatte, bemerkte ihn.

„Ein Kerl in Hemdärmeln mit einem blanken Beile hinter der Tür!" murmelte er, „den muß ich aufs Korn nehmen." Er fing an, wie eine Schildwache in dem Flur auf und ab zu gehen.

Philipp wollte abwarten, bis der Fremde sich fortbegebe. Endlich ward es ihm zu lange; drüben im Zimmer hörte er einen lauten Wortwechsel sich erheben. Er trat hervor.

„Heda, guter Freund, was wollt' Er da hinter der Tür?" sagte Peter und trat ihm in den Weg.

„Hat Er hier zu fragen?"

„Ganz ohne Frage!"

„Pack 'Er sich aus dem Wege! Was will Er hier, was hat Er hier zu tun? da ist die Tür."

„Sieh einer den Jüngling an," versetzte der Soldat, „will mir die Tür zeigen! Nein, mach Er, daß Er fort kommt, es wird Zeit für Ihn. Er kann seiner Wege gehen, lange Entenflinte, und jetzt werf' Er das Beil fort!"

Ein heftiger Stoß vor die Brust und eine Maulschelle waren Philipps Antwort für den Unverschämten; dann sprang er mit einem Satze aus dem Bereiche seiner Arme und in das Zimmer, worin er die Streitenden hörte. Als Philipp eintrat, wurden beide stumm; der Hofrat sah ihn an mit einem Gesicht, vor dem selbst Philipp, der ihrer mehrere kannte, erschrak, so daß er augenblicklich Folge leistete, als Katterbach ihm zurief: „Laß uns allein, Philipp!"

Der Junker warf nun erst einen Blick auf den Leutnant, der stocksteif, das Kinn in seine Halsbinde zurückzwängend, in militärischer Haltung dastand; dann sprang er, weil er keine Lust hatte, wieder an Peter vorüberzugehen, durch das Fenster in den Hof.

Die beiden drinnen mußten sehr ernsthafte Angelegenheiten zu verhandeln haben. Philipp blickte, als er draußen stand, durch das Fenster zurück; der Leutnant schien gar kein Auge für ihn gehabt zu haben, und es war doch gewiß auffallend, daß ein Mensch ohne Rock mit einem Beile bewaffnet, in ein Empfangszimmer stürzt und gleich darauf durchs Fenster wieder hinausspringt, statt durch die Tür zurückzugehen. Der Junker konnte gar nicht begreifen, was im Werke sei. Den Hofrat sah er aufstehen und das Fenster schließen; dann, wie er gestikulierend im Zimmer auf und ab ging und der Fremde es sich in einem Lehnsessel bequem machte; das war alles, was er erspähen konnte.

Als Philipp, zur Abendtafel gerufen, in das Speisezimmer trat, sah er den Offizier neben seiner Braut am Tische sitzen. Der Hofrat blickte düster und schweigsam in seine Suppe, Josina war unbefangen und trug die Kosten der Unterhaltung; im Wesen des Fremden zeigte sich eine gesuchte Leichtigkeit und Sicherheit, die ihm etwas Gezwungenes gab; er sprach anfangs wenig, gegen das Ende der Mahlzeit mehr, denn er schien nach und nach Gefallen an seiner Nachbarin zu finden; ihre kleinen Koketterien mußten ihn anziehen und ihre großartige Naivität entzückte ihn endlich so, daß er häufig in ein lautes Gelächter ausbrach. Philipp fand desto weniger Behagen daran; er maß den Fremden mit sehr unfreundlichen Blicken, ließ diese dann auf seine Braut übergleiten und trat ihr endlich ein- oder zweimal auf den Fuß, wobei er sich heftig räusperte.

Josina merkte er nicht.

Die Tafel war aufgehoben, Herr von Katterbach ließ dem Offizier ein Schlafzimmer anweisen, auch die Dame zog sich zurück und Philipp platzte nun heraus: „Wer, alle Teufel, ist der Mensch und was will er, Vetter? ich habe die größte Lust, ihn beim Kragen zu fassen und die Treppe hinunter zu werfen!"

„Um Gottes willen, plag' du mich auch heute noch!" versetzte Herr von Katterbach, legte die Hände auf den Rücken und schritt im Zimmer auf und ab. Nach einer Weile nahm er ein Licht und ging zur Tür hinaus. Philipp war wieder allein — allein mit seinem Rätsel.

Die Freiin Josina hatte ihr Nachthäubchen aufgesetzt und wollte sich gerade niederlegen, als an die Tür ihrer Schlafkammer gepocht wurde.

„Wer ist da?" rief sie erschrocken, warf einen Pudermantel um und faßte den Riegel der Tür.

„Ma soeur!" versetzte es heftig und rauh; „mach auf!"

„Bist du's? was willst du noch?" sie öffnete; „was gibt's, alter Bär?"

Der Hofrat trat ein, stellte sein Licht auf die Kommode unter dem Spiegel, warf sich in einen Armsessel und fing heftig an zu weinen.

(Fortsetzung folgt.)

rente nebst Kinder-, Orts- und Teuerungszulage übersteigt. Müssen jedoch zu diesem Ausgleich teilweise laufende Rentengebührnisse herangezogen werden, so darf der Mehrbetrag in Ausgabe bleiben.

Eutin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft. Von heute ab werden wieder folgende Züge zwischen Lübeck und Kiel durchgeführt: Zug 687 Lübeck ab 12.13, Zug 692 Lübeck ab 7.21 nachm., Zug 675 Lübeck an 1.21 und Zug 677 Lübeck an 8.58. Alle übrigen Züge verkehren bis auf weiteres nach wie vor nur zwischen Lübeck und Eutin. Die Schnellzüge D 63/64 Kiel—Lübeck—Berlin werden zunächst nicht befördert.

Erweiterung des Zugverkehrs auf anderen Strecken. Die Personenzüge nach Mecklenburg verkehren auch am Sonnabend wie bisher. Die D-Züge nach Warnemünde und Stettin verkehren von heute ab wieder. Auf der Strecke Oldesloe-Schwarzenbeck tritt von morgen ab wieder ein regelmäßiger Verkehr ein, der auch auf der Strecke Neumünster-Hagenow heute wieder aufgenommen wurde. (Siehe auch 1. Seite Beilage.)

Großes Sinfonie-Konzert (Nikisch-Gedächtnisfeier) am Sonntag, dem 12. Februar, morgens 11 Uhr im Gewerkschaftshaus. Zum letzten Male in diesem Jahre wird man Gelegenheit haben, die gewaltigen Tonwirkungen des Riesenorchesters von 150 Musikern zu genießen. Die 6. Sinfonie von Tschaikowsky, Arthur Nikischs Lieblingswerk, bildet den Anfang des Konzerts. Man könnte diese Sinfonie auch mit Recht die Volkssinfonie nennen. Die russische Volksseele ist wohl in keinem Werk tiefer empfunden und kein Werk wird auf den ungeübten Zuhörer einen so tiefen Eindruck machen wie diese Sinfonie. Das Hexenlied von Wildenbruch mit der begleitenden Musik von Schillings, welches im letzten Sinfoniekonzert im Stadttheater so großen Erfolg hatte, wird auch seine begeisterten Zuhörer im Gewerkschaftshaus finden und das Meistersinger-Vorspiel wird mit seiner Größe und mit seinem Glanz den Morgen beschließen. Da die Einnahmen in den Pensionsfond und in die Unterstützungskasse der Musiker fließen und der Eintrittspreis bei den heutigen Verhältnissen geradezu lächerlich billig ist, wird das Konzert hoffentlich wieder ausverkauft. Der Saal ist gut geheizt. Näheres siehe Annoncen.

Zum Streik auf dem Hochofenwerk. Die Technische Nothilfe wurde Freitag abend 10 Uhr mit 25 Mann pro Schicht, im ganzen 75 Mann, auf dem Hochofenwerk eingesetzt.

Konsularisches. Dem Generalkonsul der Republik Columbien Luis Suarez Castillo in Hamburg ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden.

Von der Schiffahrt. Ueber die Unfälle und großen Hindernisse, mit denen die Schiffahrt jetzt zu kämpfen hat, ist noch einiges nachzutragen. Der mit einer Ladung Getreide von Königsberg nach Hamburg bestimmte Dampfer „Hammonia" erlitt im Sturm schwere Schäden. Er ist dann im Schneetreiben auf Grund gestoßen und leck geworden. Die Besatzung konnte ihr Schiff wieder abbringen, worauf es Danzig als Nothafen anlief. Das eindringende Wasser konnte nicht bewältigt werden. Das Schiff ist zum Teil gesunken. Ein Teil der Ladung konnte geborgen werden. — Der deutsche Dampfer „Continental", der unweit Saßnitz schwer vom Eise bedrängt und fest eingefroren war, ist durch den Eisbrecher „Preußen" der Stettiner Kaufmannschaft aus dem Eise befreit worden. Da der Dampfer keine Kohlen mehr hatte, ist er in Swinemünde eingeschleppt worden. Der russische Dampfer „Sirena" ist, wie aus Stockholm gemeldet wird, im schwerem Wetter bei Kertsch-Sund gesunken. Die aus 27 Mann bestehende Besatzung ist umgekommen.

Der Neue Grundeigentümerverein befaßte sich in seiner letzten Versammlung mit der Festlegung des gemeinen Wertes der Grundstücke und nahm folgende Entschließung an: „Die am 8. Februar in den Zentralhallen versammelten Mitglieder des Neuen Grundeigentümervereins — etwa 2000 — erheben scharfen Protest gegen die Erhöhung des gemeinen Wertes ihrer Häuser, weil sie darin 1. eine ungerechte Besteuerung befürchten, da der Ertragswert nicht dafür vorhanden ist; 2. weil sie befürchten, daß bei Erfassung der Sachwerte ihnen mehr Steuern und Abgaben zugemutet werden, als sie in ihrem Grundbesitz bereits angelegt haben; 3. angenommene und simulierte Werte können und dürfen im demokratischen Staate nicht besteuert werden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Volkshochschule. Am kommenden Sonnabend wird Herr Rechtsanwalt Brehmer in der Aula des Lehrerseminars in einem Vortrage Wohnungs- und Siedlungsfragen behandeln. Der Vortragende wird besonders auf die wirtschaftlichen Grundlagen der Wohnungs- und Siedlungspolitik eingehen. Sodann auf Grund der gemachten Erfahrungen erörtern, wie die Behebung der Wohnungsnot und des Wohnungselends praktisch anzufassen und zu beheben ist. Auch über Kündigung, Mietesteigerung und sonstigen Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern wird gesprochen.

Stadttheater. Im Sonnabend-Abonnement wird „Lohengrin" zum letztenmal gegeben. Die Partie der Elsa singt Frl. Friedjoff, die Gertrud Frl. Mattson. Am Sonntag wird zum erstenmal in dieser Spielzeit „Boheme" gegeben. Am Mittwoch, 15. Februar wird zum erstenmal „Die Ballerina des Königs", Lustspiel von Presber und Stein, gegeben. Für die Titelrolle ist Frl. Eva-Alice Cron als Gast gewonnen worden.

Hansa-Theater. Heute, Freitag: 9. Vorstellung im Freitag-Abonnement: „Hoheit tanzt Walzer". Sonnabend: Auf vielseitiges Verlangen: „Das Milliardensouper". Sonntag, 12. Februar: Gastspiel der ersten Operettensängerin Frau Adi Driesen vom Theater am Sofienblatt in Kiel als „Prinzeß Marie" in „Hoheit tanzt Walzer". Im 2. Akt Tanzeinlagen von der Ballettmeisterin Frau Biebig-Schmidt.

Plattdütsche Volksgill. Tokamen Sündag ward de lustige Kumedi „Stratenmusik" vun Paul Schurek noch mal geben.

Angrenzende Gebiete.

Ausstand in Wurstfabriken. Wegen Nichtbewilligung einer Lohnforderung legten die Gesellen und Arbeiter der Wurstfabriken in Preetz, Kiel, Schleswig, Kellinghusen, Plön und Ludwigslust die Arbeit nieder. Zuzug ist fernzuhalten. Die Streikleitung.

Schwartau. Weiblicher Standesbeamter. Mit Genehmigung der Regierung ist die Ehefrau des Gemeindevorstehers Tamm in Warnsdorf, Adele, geb. Brösch, zur Stellvertreterin des Standesbeamten der Gemeinde Ost-Ratekau ernannt und als solche verpflichtet worden. — Der Landmann Ludwig Hildebrandt in Rensefeld ist als zweiter Beigeordneter des Vorstehers der Gemeinde Rensefeld und der Kaufmann Gustav Dreews in Böbs als Beigeordneter des Gemeindevorstehers von Curau bestellt und verpflichtet worden.

Eutin. Notlandung. Gelegentlich eines Probefluges der dänischen Luftpostverbindung Kopenhagen-Hamburg-Rotterdam erlitt Donnerstag vormittag über Eutin das morgens von Kopenhagen abgefahrene Flugzeug Motorendefekt und war dadurch gezwungen, auf dem zugefrorenen Eutiner See zwischen Schloßgarten und Insel eine Notlandung vorzunehmen. Geführt wurde das Flugzeug von zwei dänischen Monteuren, die sich nur schlecht verständigen konnten.

Timmdorf (bei Eutin). Feuer. Infolge Kurzschluß brach Montag nachmittag auf der Hufenstelle der Witwe Hutzfeld in Timmdorf Feuer aus, das sich sehr schnell über das ganze Gehöft verbreitete. Während es gelang, das Mobiliar zum größten Teil zu retten, sind leider 9 Stück Jungvieh und 1 Pferd in den Flammen verbrannt. Der Fall ist um so bedauerlicher, da das Haus sehr niedrig versichert ist. Frau Hutzfeld seit einem Jahre Witwe ist und für 7 kleine Kinder zu sorgen hat. Die Timmdorfer Zwangswehr konnte nicht eingreifen, da sie nur eine gebrauchsunfähige Spritze besitzt. Die Malenter und Bösdorfer freiwillige Feuerwehr wurden telephonisch herbeigerufen und nahmen an der Bekämpfung des Brandes teil. Gegen 6 Uhr wurde die Plöner freiwillige Feuerwehr zur Hilfe gerufen. Die Mannschaften hatten sehr unter der Kälte zu leiden, da alles Wasser sofort zu Eis gefror. Nach Einstellung der Löscharbeiten mußten die Schläuche erst wieder aufgetaut werden, weil sie vollständig vereist waren.

Hamburg. Großfeuer in Billbrook. Donnerstag abend gegen 10½ Uhr war in der Fabrik ätherischer Oele und chemischer Produkte von Anton Deppe Söhne, Billbrook 57, ein Feuer ausgebrochen, das die gesamte Fabrik sehr stark gefährdete. Das Kontorhaus und ein Lagerhaus standen in hellen Flammen. Aus den Wohnungen, die sich über dem Kontor befinden, waren die Bewohner geflüchtet. Die Feuerwehr konnte sich nur darauf beschränken, die nebenliegenden Gebäude vor den Flammen zu retten, was auch von Erfolg gekrönt war. Der Schaden ist sehr beträchtlich, da größtenteils versandfertige Waren Opfer des Feuers geworden sind. — Die Hamburger Schulen bleiben noch bis zum 20. Februar wegen Kohlenmangels geschlossen.

Harburg. Ein erschütterndes Familiendrama hat sich in einem Hause der Eddelbüttelstraße zugetragen. Ein dort wohnender, in kümmerlichen Verhältnissen lebender 49jähriger Invalide, der als Eisenbahnbediensteter beide Beine verlor und dem vor einem Vierteljahr die Frau durch den Tod entrissen wurde, hat sich mit seinem zwölfjährigen Sohne mit Gas zu vergiften versucht. Man fand beide in der Küche; der Vater hatte den Sohn auf dem Schoß. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff hatten bei dem Vater Erfolg. Er befindet sich anscheinend außer Lebensgefahr. Der Knabe war bereits tot.

Rendsburg. Eissperre im Nord-Ostsee-Kanal. Der Nord-Ostsee-Kanal ist wegen weiterer Zunahme der Vereisung für die Schiffahrt gesperrt worden. Der große Eisbrecher „Vorwärts" konnte sich bis zu Lotsenstation Rübbel unterhalb Rendsburg durcharbeiten, dann blieb er im Eise stecken. Außer einigen Eisbrechern sollen im Kanal noch zwei Dampfer vom Eis blockiert sein. Bei Brunsbüttel hat sich eine Flotte von ungefähr 20 Handelsdampfern, die durch den Kanal fahren wollten, angesammelt. Bei der Fähre Hohenhörn im Kreise Süderdithmarschen soll man selbst mit großen Autos über die Eisdecke des 103 Meter breiten Kanals fahren.

Husum. Ueber das Eis des Wattenmeeres werden jetzt Fußtouren gemacht. So von Westerland-Sylt nach dem Keitenwall. Nach den Berichten der Leute herrscht auf den Inseln Mangel an Lebensmitteln und Kohlen. Eine direkte Fußverbindung ist auch zwischen Husum und Morsumhafen, Nordstrand hergestellt. Montag machten mehrere Personen aus Morsumkrog die erste Tour zu Fuß auf dem kürzesten Wege in fast gerader Richtung von der Lithschleuse beim Nordstrander Morsumhafen nach dem Dockkog vor Husum.

Eckernförde. Das Seminar abgebrannt. In der Nacht zum Donnerstag ist das Seminar abgebrannt. Die Ursache ist bis jetzt noch unbekannt. Nur die Ringmauern sind stehen geblieben. Der Frost verhinderte die Löschversuche.

Der Stand der Tuberkulosebekämpfung in Lübeck.

(Aus dem Jahresbericht der Lübecker Tuberkulosefürsorgestelle.)

Es bedarf heutzutage keiner längeren Ausführungen, um darzulegen, welche Lücken die Tuberkulose bereits vor dem Kriege, vor allem aber seit dem Kriege in der Bevölkerung gerissen hat. Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Tuberkulose einzuschränken, dürfen daher der Unterstützung der Behörden und der Bevölkerung Lübecks gewiß sein. Andererseits aber haben diese auch das Anrecht darauf, zu erfahren, in welcher Weise mit den Mitteln, die für Tuberkulosebekämpfung hergegeben werden, gewirtschaftet wird.

Drei Eckpfeiler erfolgreicher Tuberkulosebekämpfung sind es, die auch die Lübecker Fürsorgestelle zu ihrem Ausbau benutzt, das sind: **1. Verhinderung tuberkulöser Ansteckung und Erkrankung im Kindesalter. 2. Rechtzeitige Erkennung und Behandlung aller Tuberkulösen. 3. Aufklärung über Tuberkulose und Wachhaltung des Interesses an ihrer Bekämpfung.**

Bereits seit ihrer Entstehung im Jahre 1907 hat die hiesige Tuberkulose-Fürsorge im Verein mit der Landesversicherungsanstalt der Bekämpfung der Kindertuberkulose als der Grundlage der Tuberkulose auch der Erwachsenen ihr Hauptaugenmerk zugewandt. Ihre ganze Tätigkeit erstreckt sich seit Jahren zur größeren Hälfte auf die Fürsorge der Kinder. Hier wird im engsten Einvernehmen mit dem Jugendamt und der Schulgesundheitspflege gearbeitet. Mit Hilfe der Aerzte, Fürsorgerinnen und Schulpflegerinnen werden überall die bedrohten und tuberkuloseverdächtigen Kinder aufgespürt. Diese Zusammenarbeit hat zu einer Zusammenfassung aller Fürsorgen geführt, als deren erste, äußerlich sichtbare Folge eine Beratungs- und Vermittelungsstelle für Verschickung erholungsbedürftiger Jugendlicher im Jugendamt entsteht, die es ermöglichen wird, daß nur die bedürftigsten Kinder in Erholungsstätten kommen, und daß kein Kind zurückzubleiben braucht, weil die Eltern nicht die genügenden Zahlungsmittel aufzubringen vermögen. Eine wesentliche Unterstützung erhält die Tuberkulosebekämpfung durch das noch weiterhin fortgesetzte Werk der Quäkerspeisung und die begrüßenswerten Bemühungen des Verbandes für Leibesübungen, neben den Erwachsenen vor allem der Jugend, Sonne, Luft und Bewegung zu verschaffen. Die größte Gefahr für die Kinder, vor allem für die Kleinkinder und Säuglinge ist in den Tuberkuloseherden, das heißt den bazillenauswerfenden Kranken gegeben. Diese Herde zu finden und unschädlich zu machen, sieht die Tuberkulose-Bekämpfung als eine ihrer Hauptaufgaben an. In Lübeck starben im Jahre 1921 182 Tuberkulöse. Man weiß, daß dieser Zahl eine doppelte Menge von Schwertuberkulösen entspricht, also 364, die täglich und stündlich ungezählte Mengen von Bazillen auswerfen und so eine furchtbare Quelle für die Ansteckung von Kindern bieten, die in ihrer Umgebung leben. Wer dies weiß, wird zu jeder Abhilfe gern die Hand reichen und mit dafür sorgen helfen, daß

Blond.

Ein zeitgemäßer Lobgesang.

Wasserstoffsuperoxyd,
Dir gilt mein Lied!
Wasserhell rieselst du raus aus der Flasche,
Daß man mit dir sich das Frauenhaar wasche.
Waren die Haare des Morgens noch braun,
Abends ist alles schon goldblond zu schaun.
Morgens da war es noch schwarz wie die Nacht,
Abends erglänzt es in sonniger Pracht,
Glänzt wie ein Christbaum mit Tausenden Flittern, —
Macht allen Männern die Herzen erzittern ...
Was es frühmorgens durchaus nicht gekonnt!
Denn jeder Jüngling von heute liebt blond.
Blond ist die Farbe, für die er erglüht —
Heiliges Wasserstoffsuperoxyd!

Kamillenextrakt,
Dir klingt mein Sang in tönendem Takt!
Wenn du den Frauen ins Haar hinein kriechst
Und dort nach Zahnschmerz und Magenweh riechst,
Schaffst du ein Wunder, das kaum zu erfassen,
Läßt du das dunkelste Haupthaar erblassen.
Düsteren, schmerzlichen, bräunlichen Reizen
Hilfst du zur Farbe von üppigem Weizen.
Zahnschmerz- und Magenweh-Duft, der verfliegt,
Aber die Blondheit, die bleibt und die siegt.
Dich, o Kamille, frißt gern jede Kuh,
Sämtliche Ochsen bezauberest du,
Jegliches Männerherz fühlt sich gepackt
Vom Kamillenextrakt.

Salmiak-Geist,
Du, den meine Dichtung preist!
Herrliche Düfte, die dir entquillen,
Mahnen so schön an Lakritzenpastillen.
Mädchenblick heilt, wenn du ihn befleckst.
Blondheit entsteht, wo du sie erbeizt.
Wasserstoff, Salmiak und Kamillen,
Ihr drei verändert des Weltschöpfers Willen.
Er wollt': es gäbe der Haarfarben vier,
Nur eine einzige, — blond — wollet Ihr!
Ihr habt die Schöpfung ins Wanken gekriegt.
Blond gibt es nur noch, und blond, das genügt.
Blond ist heut Allerweltsgeschmack,
Heil Kamille, Oxyd und Salmiak!

(Gustav Hochstetter im Hamb. Corresp.)

Im Viehstall.

Von J. Gordin. Aus dem Russischen von Hermynia Zur Mühlen.

Dunkel ist es und still. Der nächtlichen Schatten dichte Schwärze durchflutet den baufälligen Viehstall. Die Tiere liegen in schwerem, schmerzlichen Schlaf. ... Auf den weiten Feldern des blauen Himmels schwimmen strahlende Sterne. ... Stille herrscht. Bisweilen wird unterdrücktes Atmen der Kühe, schweres Keuchen erschöpfter Ochsen und schläfrige Bewegung der Kälber laut. ... Die funkelnden Sterne blicken aus ungeheurer Höhe auf den alten Stall herab, schwaches Licht dringt in die Behausung der ruhigen, geduldigen Kühe. ... Das kleine Kalb erzittert, öffnet die großen, erschrockenen, glänzenden Augen.

„Mutter", spricht es ganz leise — „Mutter schläfst du?" Mir ist kalt, mich hungert, der grimmige Frost läßt mich erschauern .... Ich will zu dir, Mutter. Weshalb bin ich an einen Strick festgebunden?"

Die Kuhmutter wendet langsam den breiten klugen Kopf und erwidert: „Kind. Deine Worte sind töricht ... Ohne fesselnden Strick gäbe es keine Ordnung in unserem Leben ... Bei Tag wirst du festgebunden, damit du nicht den Rasen und die Blumen unserer Herren zerstampfst, des Nachts, damit du nicht meine Milch trinkst ... Verstehst du? All dies verfolgt erhabene Zwecke ..."

Das Kalb seufzt tief auf. ... Spricht:

„Bei meiner Geburt wurde doch die Milch für mich gegeben .... Aber was liegt mir an der Milch? Ich möchte mich an deinem Hauch erwärmen. Ich sehne mich nach Liebkosungen, Küssen ..."

Die kindlichen Worte des Kalbes entlocken der Kuh ein ironisches Lächeln, sie sagte:

„Du bist jung, unreif, verstehst nichts von der Ordnung des Lebens. Vor langen, langen Zeiten, im grauen Altertum, da noch wilde Freiheit die Erde beherrschte und wir unbehindert durch grüne Täler und üppige Wiesen streiften, im sammetigen Gras stampften, — war noch überall Liebe und Harmonie. Damals gab es noch keine Ställe, keine Aufsicht, keine Ordnung ... Das Leben ermangelte aller Ordnung. Damals wurden wir nie festgebunden, weil niemand Tee mit süßer Sahne trank, niemand dicke Milch zum Pfannkuchen und saftig gebratene Koteletten aß und nicht jeden Morgen die Karren mit Milch zur großen Stadt fuhren .... Vergleiche das Damalige mit dem Heutigen und du wirst erkennen, daß sich alles zum Besten ändert, alles fortschreitet, sich entwickelt ... Verstehst Du, Dummkopf? Wir werden mit Stricken gefesselt, das gebietet der Fortschritt."

„Das erleichtert mir die Sache nicht," — seufzte das Kalb und versank in Sinnen.

„Weder dir noch mir, noch den unseren erleichtert es die Sache, doch heißt es, dadurch werde das Leben der Allgemeinheit erleichtert. Das mag wahr sein," — meinte die Mutter und träumte schier unbewußt von ferner Vergangenheit, da noch üppiges Gras die stolzen, freien Felder bedeckte, und die freien, fröhlichen Flüsse durch die Täler rauschten. Damals schien die Sonne heller, und die Vögel schmetterten lauter und froher ihre Lieder.

Das Kalb schüttelte zornig den Kopf und meinte:

„Weshalb läßt man mich nicht zum Euter meiner Mutter? Es ist besser, sofort des Hungertodes zu sterben, als ein hungriges Leben hinzuziehen, allmählich zu sterben, zu leiden, sich zu verzehren. ....."

„Törichtes Kind. Du lehnst dich wider die höchsten Lebensgesetze auf."

Der Klang schwerer Schritte unterbrach ihr Gespräch.

Dröhnend flog die Tür auf. Laternenlicht erhellte die Behausung der Tiere. Die Kuh horchte. Jemand sagte befehlend: „Das Kalb soll blos mit Milch genährt werden. Verstehst du? Wir geben ein großes Fest und da soll das Tier fett sein. Verstanden?"

„Wie Sie befehlen" — erwiderte eine leise Stimme und zwei Hände lösten den Strick vom Nacken des Kalbes.

Die Tür fiel zu, der Lichtschein verschwand.

Das Kalb liebkoste die Mutter, sog freudig die Milch ein und blickte neugierig in die Augen der Kuh. Diese jedoch neigte den Kopf über ihr Kind, leckte es liebkosend und antwortete auf seine Fragen mit einem tiefen, angstvollen Seufzer.

Dunkel ist es und still. Auf den weiten Feldern des blauen Himmels schwimmen strahlende Sterne, rätselhafte Stille erfüllt die unberührten Höhen.

Die Schatten der Nacht ziehen über die Erde hin.

•

In der Behausung der Tiere war es abermals dunkel und still. Im Gutshause hingegen waren alle Räume festlich erleuchtet. Es ging fröhlich zu. .... Scherze, gesundes Lachen, heitere Rufe .... Die Tische bogen sich unter der Speisenlast. Die Gäste verzehren mit Wohlbehagen das Fleisch eines jungen, fetten Kalbes und tranken teuere Weine. Noch war das Mahl nicht zu Ende, doch klangen bereits die champagnergefüllten Gläser gegeneinander.

Der „Herr Abgeordnete" erhob sich und sprach:

„Vergleicht die Vergangenheit mit der Gegenwart und ihr werdet sehen, daß sich alles gebessert, daß sich alles entwickelt hat. Freunde, ich erhebe mein Glas auf den Fortschritt und auf die Freiheit. Hoch."

Die lauten Rufe drangen bis in den Viehstall, in das freudige Gelächter mischte sich Gläserklingen. Das schmackhafte Fleisch ward verzehrt, — bis auf das letzte Stück.

derartig gefährdete Kinder aus der Umgebung des Kranken entfernt werden. Das wird erreicht durch zeitweiliges Verschicken der Kinder oder durch Besorgung gesunder Wohnungen, in denen der bazillenauswerfende Kranke allein schläft und wohnt, dann auch durch seine Verbringung in Krankenhäuser oder Heime. Alle, auch die Kranken selbst müssen um ihrer Kinder willen zu entsprechenden Maßnahmen willige Hand reichen. Es sei hier als besonders anerkennenswert erwähnt, daß es dem Wohnungsamt im vergangenen Jahre gelungen ist, in 35 von 37 Fällen, die ihm von der Tuberkulose-Fürsorge namhaft gemacht waren, einwandsfreie Wohnungen im genannten Sinne zu beschaffen.

In der Tuberkulosefürsorge besitzen wir die Stelle, von der aus nach Möglichkeit alle tuberkulosen Kinder und Erwachsenen erfaßt werden, aber auch alle, die es zu sein fürchten, haben hier Gelegenheit, sich untersuchen und beraten zu lassen. Sie vermittelt im Einvernehmen mit dem behandelnden Arzte notwendige Heilverfahren, sie geht den wirtschaftlich Schwachen durch ihre Fürsorgeschwester zur Hand durch Bereitstellung von Betten, Desinfektion, Wäsche, Lebensmittel. Rechtzeitige, auch vorbeugende Behandlung jedes Erkrankten zu erwirken, ist neben der Sanierung der Tuberkuloseherde ihre zweite Aufgabe. Bekanntlich reichen bei der hohen Zahl der Erkrankten die Heilstätten bei weitem nicht aus, und da bildet die Erkenntnis, daß Ausheilung der Tuberkulose in der Heimat am nachhaltigsten wirkt, eine wirksame Unterstützung im Kampfe; denn es ist nun möglich, geeignete Kranke ohne Heilstättenbehandlung in der Heimat zu behandeln durch den eigenen Arzt. Die Nutzbarmachung dieser Erkenntnis hat bereits in einer wesentlichen, nachweislichen Entlastung der Heilstätten von seiten Lübecks geführt, nicht zum Schaden der Bevölkerung, wie die später folgenden Zahlen beweisen. Deshalb geht auch weiterhin das Bestreben dahin, inmitten Lübecks zunächst für Kinder ein Krankentagesheim zu schaffen, in dem Kinder tagsüber aus den schlechten Wohnungen heraus bei gehobener Verpflegung unter der Behandlung ihres Arztes die Vergünstigungen einer geregelten Anstaltsbehandlung genießen können.

Die Tuberkulosenot und die Erkenntnis von der zunehmenden Wirksamkeit einer Tuberkulose-Fürsorgestelle machten es notwendig, diese mit größeren Rechten und Pflichten auszustatten, wie es im kommenden Reichstuberkulosegesetz vorgesehen ist. Infolgedessen ist die Stelle, die ja nicht staatlich, sondern eine Schöpfung des Vaterländischen Frauenvereins ist, nunmehr als gesundheitliche Fürsorge dem Gesundheitsamt angeschlossen und erhält damit einen halbamtlichen Charakter. Somit ist ihr die Möglichkeit gegeben, freier mitzuwirken an den Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose, auch können Behörden und Organisationen sich ihrer in Tuberkulosefragen besser bedienen als bisher, sodaß sie das wird, was das kommende Reichsgesetz anstrebt, ein Mittelpunkt der Tuberkulosebekämpfung.

Als solcher sieht sie es als ihre dritte Aufgabe an, aufklärend zu wirken, einmal in Kleinarbeit durch die Fürsorgeschwester in den Familien, dann aber beabsichtigt sie, Aufklärung zu bringen durch kurzfristige Kurse für solche Personen, die vermöge ihrer Stellung geeignet sind, ihrerseits wieder die Bevölkerung über Bekämpfungsmaßnahmen der Tuberkulose aufzuklären, also Kurse für Fürsorgerinnen, Schulpflegerinnen, Gemeindeschwestern, andererseits Lehrer und schließlich stellt sich die Fürsorge Vereinen und Organisationen für solche Zwecke zur Verfügung. Sie arbeitet hier zusammen mit dem neugebildeten Ausschuß für Volksgesundheit und macht an dieser Stelle auf den demnächst in der Lichtspielgemeinde erscheinenden Aufklärungsfilm über Tuberkulose „Die weiße Seuche" aufmerksam, zu dessen Besuch schon jetzt in weitesten Kreisen angeregt werden soll.

Einige wenige Zahlen mögen die Wirkung der Tuberkulosebekämpfungsbestrebungen in Lübeck dartun. Es starben in Lübeck an Tuberkulose von 10 000 Lebenden:

Im Jahre:	1918	22 Personen, davon waren Kinder	19 %
	1919	19 Personen, davon waren Kinder	21 %
	1920	14 Personen, davon waren Kinder	18 %
	1921	14 Personen, davon waren Kinder	16 %

Also Rückgang der Tuberkulose-Sterblichkeit nicht nur unter den Erwachsenen, sondern auch unter den am meisten Gefährdeten, den Kindern. Die Kindersterblichkeit hat demnach auch relativ im Verhältnis zu der der Erwachsenen abgenommen. Lübeck befindet sich mit diesen Zahlen durchaus unter den Städten im Reich, die die günstigsten Sterblichkeitsverhältnisse aufweisen.

Diese Zahlen werden aber nun nicht gegeben, damit wir uns in Sicherheit gegenüber der Tuberkulose wiegen können, als wenn die Anspannung in der Bekämpfung nicht mehr so tatkräftig zu sein brauchte wie bisher. Bedeuten doch diese Zahlen, daß jährlich 182 Personen in Lübeck allein an Tuberkulose sterben und 364 Kranke täglich und stündlich auf den Straßen und in den Wohnungen den gefährlichen Keim zu Millionen und Milliarden mit dem Auswurf verstreuen. Diese sind es, die die Zahl der nach Tausenden zählenden mehr oder weniger leicht erkrankten Tuberkulösen in Lübeck noch immer auf einer erheblichen Höhe halten und jederzeit bei wieder zunehmender Ungunst der Ernährungsverhältnisse die furchtbare Ausbreitung der Tuberkulose von neuem hervorrufen können, die wir im Kriege erfahren haben. Nein, diese Zahlen sollen uns ermutigen, auf dem beschrittenen Wege entschieden weiter zu kämpfen und sollen denen, die mit eigener Arbeit und mit ihrer Arbeit Geld uns unterstützten, zeigen, daß ihre Hilfe nicht vergeblich ist und daß, wenn sie auch weiterhin nicht nachlassen, schließlich reiche Früchte aus der Arbeit uns werden können.

Gewerkschaften.

Adam Drunsel †. Der Zentralvorsitzende des Verbandes der Töpfer, Genosse Adam Drunsel, ist am Sonntag nach kurzem Leiden gestorben. Geboren 1868 zu Würzburg, finden wir ihn im Jahre 1887 an der Spitze des Fachvereins seines Berufes in Chemnitz, später in Dresden, wo er bald Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins Dresden-Neustadt wurde. In seiner Organisation, wie in der Zentralkranken- und Sterbekasse der Töpfer bekleidete er die verschiedensten Posten, bis er im Juni 1889 als Vorstandsvorsitzender und zugleich als Redakteur des Verbandsorgans gewählt wurde. Mit Adam Drunsel ist wieder einer von der alten Garde dahingegangen, denen Partei und Gewerkschaften eins war.

Bergarbeiterforderungen in Oberschlesien. Die zwischen den Unternehmern und den Arbeitern der oberschlesischen Grubenindustrie geführten Verhandlungen wurden abgebrochen. Die Arbeiter wollen von ihren Forderungen nicht abgehen. Die Unternehmer dagegen vertreten die Ansicht, daß die Forderungen über das Maß der von der interalliierten Kommission zugestandenen Kohlenpreiserhöhung hinausgehen.

Streik in der Hagener Metallindustrie. Die Metallarbeiterbewegung in Hagen führte zum Ausstand. Von 35 000 abgegebenen Stimmen sprachen sich 31 000 gegen den Schiedsspruch aus. Auch in Versammlungen des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde der Schiedsspruch abgelehnt und beschlossen, im Einverständnis mit allen in Frage kommenden Gewerkschaften in den Ausstand zu treten.

Zum kommenden Arbeitsgerichtsgesetz. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit, daß der Referenten-Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes fertiggestellt sei und in nächster Zeit mit Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und sonstigen Beteiligten beraten werden solle. Was das Ministerium über den Inhalt des Entwurfes mitteilt, ist nicht geeignet, die Gewerkschaftskreise zu befriedigen. Im Interesse der Rechtseinheit und der zweckmäßigen Ausnützung vorhandener Einrichtungen sollen nämlich die neuen Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten in eine organische Verbindung treten, bei der die erforderlichen sozialen Bürgschaften in jeder Weise gesichert seien. Hierbei werde zugleich erreicht, daß die ordentlichen Gerichte, anstatt durch Abtrennung großer wichtiger Rechtsgebiete zu verkümmern, auch auf ihren sonstigen Tätigkeitsgebieten unter dem befruchtenden Einfluß der Beschäftigung mit sozialen Fragen in enger Fühlungnahme mit sachkundigen Laien blieben. Durch die im Entwurf vorgesehene Uebernahme der Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Vorsitzende der neuen Arbeitsgerichte werde ihre in langjähriger Praxis gewonnene Erfahrung nicht nur für die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, sondern auch für die Heranbildung eines Stammes jüngerer Juristen, die künftig zu Vorsitzenden von Arbeitsgerichten berufen werden, nutzbar gemacht. — Mit allen sozial klingenden Redensarten wird man die Gewerkschaftskreise nicht davon überzeugen können, daß die von den Juristen geforderte Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte ein Fortschritt sei. Es ist im Gegenteil ein sozialer Rückschritt, eine Verschlechterung eines seit drei Jahrzehnten bewährten Zustandes, den man uns mit der Erweiterung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu Arbeitsgerichten aufzwingen will. Dagegen werden sich die Gewerkschaften mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Schon heute sagen wir dem auf solcher Grundlage aufgebauten Gesetzentwurf den schärfsten Kampf an.

Eine neue Gewerkschaftspolitik in Rußland. Das Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei veröffentlicht neue Richtlinien für die Gewerkschaftspolitik mit der ausdrücklichen Angabe, daß sie unter Beteiligung Lenins verfaßt worden sind. Es wird darin ausgeführt, daß das Aufkommen von Privatunternehmungen und die Umstellung der staatlichen Betriebe auf kaufmännische Grundlagen eine Belebung der Gewerkschaften erfordere und ihnen die Aufgabe stelle, den Klassenkampf gegen das Privatkapital und den Kampf mit dem Bureaukratismus, den Fehlgriffen und Uebertreibungen der staatlichen Wirtschaftsorgane zu führen. Letzteres dürfe indessen weder durch Streiks, die einen Kampf gegen den proletarischen Staat bedeuten würden, noch durch Eingriff in die Betriebsverwaltung, sondern lediglich durch vermittelnde Tätigkeit der Gewerkschaften erfolgen. Die Streiks in der staatlichen Industrie, die infolge der Rückständigkeit der einzelnen Arbeitergruppen, durch gegenrevolutionäre Verhetzung oder mangelnde Umsicht der Gewerkschaften ausbrechen könnten, müßten schleunigst liquidiert werden. Der Beitritt der Arbeiter zu den Gewerkschaften dürfe fortan nur freiwillig erfolgen, da der gewerkschaftliche Organisationszwang zum Bureaukratismus innerhalb der Gewerkschaften und zu ihrer Entfremdung von den Arbeitern geführt habe. Politischen Fragen gegenüber müßten sich die Gewerkschaften ebenso wie in der Frage der Religion neutral verhalten und dürften keineswegs eine bestimmte politische Einstellung von den Mitgliedern verlangen. Alle Eingriffe der Gewerkschaften in die Verwaltung, auch der privaten Betriebe, die viel Schaden angerichtet hätten, müßten aufhören und die Fragen der Entlohnung usw. dürften lediglich durch Verhandlungen der Parteien und nicht mehr durch einseitige Verfügungen geregelt werden. — Wenn diese Richtlinien durchgeführt werden, sind die russischen Gewerkschaften nach der bisherigen Auffassung der deutschen Kommunisten gelbe Organisationen.

Aus aller Welt.

Bluttat. In Potsdam schlug der arbeitslose Gustav Moritz nach voraufgegangenem Wortwechsel mit einer Axt auf seine Hauswirtin ein und versetzte dann seiner Zimmerwirtin, die zur Hilfe herbeigeeilt war, mehrere Axthiebe. Die beiden Frauen wurden ins Krankenhaus gebracht. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Moritz wurde verhaftet.

Wieder ein Raubüberfall in Oberschlesien. Der Fleischermeister Ochmann und der Kaufmann Eichner wurden überfallen und beraubt. Die Täter raubten 320 000 Mark. Einer der Banditen konnte, wie aus Kattowitz berichtet wird, festgenommen werden.

Schweres Eisenbahnunglück. Wie die Eisenbahndirektion Köln mitteilt, fuhr Dienstag nachmittag ein von Neuß kommender Personenzug auf Bahnhof Köln aus noch nicht aufgeklärter Ursache über Haltesignal und Drehscheibe hinaus in das Empfangsgebäude. Infolge des Anpralls schoben sich zwei Wagen ineinander. Vier Personen wurden tödlich, fünf schwer und 38 leicht verletzt. Die Verunglückten stammen meist aus dem Rheingebiet.

Riesenfeuer in Lodz. In der Pigzewer Baumwollenmanufaktur brach ein Großfeuer aus, dem die Spinnerei mit 60 000 Spindeln zum Opfer fiel. Dadurch sind zunächst 6000 Arbeiter brotlos geworden. Der Schaden beträgt 4½ Milliarden polnische Mark und ist nur zum kleinsten Teil durch Versicherung gedeckt. Die Fabrik war das drittgrößte Unternehmen des ganzen polnischen Textilreviers.

Ein 10 Kilometer langer Bahnhof. In den neuen Bahnhof Hamm in Westfalen fuhr dieser Tage der erste D-Zug aus der Richtung Dortmund ein. Im Laufe des nächsten Monats sollen auch die Züge Hannover—Bielefeld in den neuen Bahnhof übergeleitet werden. Für die sieben Bahnsteige sind Ueberdachungen in einer Länge von hundert Metern vorgesehen. Der ganze Bahnhofsumbau erstreckt sich auf eine Länge von 10 Kilometern. Die neue Anlage ist damit wohl der längste Bahnhof in ganz Westfalen.

Heldentod eines Dorfpfarrers. In einem kleinen italienischen Dorf nahe bei Ancona war durch einen heftiger Sturm die Telephonleitung mit einer Starkstromleitung in Berührung gekommen, so daß Kurzschluß entstand, der das Dorf mit einer Feuersbrunst bedrohte. Während die Bauern und die Karabiniere hilflos den aufzuckenden und emporschießenden Funken und Flammen gegenüberstanden und nicht wußten, wie sie die Gefahr Herr werden sollten, stürzte sich der Pfarrer des Dorfes ohne Besinnen auf die Drähte und riß sie mit den Händen auseinander. Er wurde sofort getötet.

Zu dem Einsturz des Kinotheaters in Washington, von dem an dieser Stelle berichtet wurde, werden jetzt noch einige Einzelheiten gemeldet. Die Zahl der Toten beträgt 109, die der Schwerverletzten 125. Manche Familien sind zusammen erschlagen worden, in elf Fällen wurde Ehepaare zusammen getötet. Ein 63jähriger Kohlengräber, der ebenfalls die Vorstellung besuchte, ist auf merkwürdige Weise dem Tode entgangen. Seiner Beschreibung nach saß er in der achten Reihe, als er ein Geräusch hörte, das sich genau so anhörte, als ob in der Kohlengrube Gesteinsmassen sich zu lösen im Begriff ständen. Instinktiv sprang er auf und sah dabei über dem den Taktstock schwingenden Dirigenten des Orchesters eine feine weiße Wolke von der Decke kommen. Er stürmte den Gang entlang und erreichte die Tür. Unmittelbar darauf erfolgte eine furchtbare Erschütterung und der Mann wurde durch den Luftdruck auf die Straße befördert.

Schneefälle in Italien. In Nord- und Mittelitalien sind starke Schneefälle niedergegangen. In Norditalien blieben mehrere Eisenbahnzüge im Schnee stecken. Rom und Umgebung bieten den Anblick einer nordischen Schneelandschaft.

Der Burengeneral De Wet gestorben. Wie aus Bloemfontein gemeldet wird, ist der bekannte Burengeneral de Wet, einer der Führer im südafrikanischen Feldzuge, gestorben.

Genossenschaften.

Neue Milliardenumsätze der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H.

Im Jahre 1921, das mit seinen außerordentlichen schwierigen Wirtschaftsverhältnissen auch den deutschen Konsumvereinen und ihrer Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg so manche Erschwernisse bereitete, ist dennoch die Großeinkaufsgesellschaft kräftig vorwärts geschritten, wie es ihre Milliardenumsätze nachweisen. Ein Vergleich mit dem Jahre 1920 ergibt folgendes Bild:

Gesamtumsatz	1921	2 406 982 699,89 Mk.
„	1920	1 851 224 282 11 „
Ergibt einen Mehrumsatz	1921 .	1 055 758 317,78 Mk.

Das bedeutet eine Steigerung um 78,13 %. Bei den in eigenen Fabriken erzeugten Waren betrug der

Umsatzwert	1921	234 784 733,55 Mk.
„	1920	156 429 448,82 „
Demnach der Mehrumsatz	1921 .	78 355 324,73 Mk.

Es ergibt sich also eine Steigerung um 50,09 %. Die Bankabteilung berichtet auch über eine rege Entwicklung. Es betrug in runden Summen der

Umsatz auf Girokonto	1921 . . .	3 437 000 000 Mk.
„ „ „	1920 . . .	1 754 000 000 „
Also Mehrumsatz	1921	1 683 000 000 Mk.

Das bedeutet eine Steigerung um 95,96 %. Die Zahl der Inlandlager wurde auf zehn erhöht; außerdem wurden 14 Konsignationslager für Schmalz neu errichtet. Die zur Aufbringung der Mittel aufgelegte Obligationsanleihe erbrachte bis Jahresschluß Zeichnungen in Höhe von 35 Millionen Mark.

Allerlei Wissenswertes.

Modernes Nomadenleben.

C. K. Das Nomadentum liegt für uns in der Kulturgeschichte um viele Jahrtausende zurück, und doch gibt es noch eine ganze Anzahl von Völkern, die ein ausgesprochenes Nomadenleben führ-

---

Im Viehstall ist es dunkel und still. Die Kuh liegt traurig und verlassen auf ihrer Streu. Mit Widerwillen wendet sie sich von dem Trog ab, der mit trockenem Stroh gefüllt ist.

Sie vermag nicht zu essen, ihre großen, erschrockenen Augen suchen vergebens nach ihrem Kinde. . . . Vergebens seufzt und stöhnt sie. Das Kalb mußte sein Leben lassen, um den höchsten Lebensgesetzen gerecht zu werden.

Es ist spät. Im Viehstall ist es dunkel, still und traurig. Auf dem weiten Feld des blauen Himmels schwimmen strahlende Sterne. Rätselhafte Stille erfüllt die unberührten Höhen.

Tief unten in dem Schatten liegt der vergessene Viehstall — die Behausung der Tiere.

Die Erde schläft.

Auch ein Hellseher.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Am Stammtisch der Bahnhofswirtschaft zu M. unterhielt man sich recht lebhaft über das zeitgemäße Thema Okkultismus. Ein Herr im mittleren Alter erzählte von seinen Erlebnissen in spiritistischen Veranstaltungen. So wurden einmal die Anwesenden aufgefordert, verteilte Briefbogen mit kurzen Fragen zu beschreiben, in Umschläge zu stecken und die Umschläge zuzukleben. Umschläge wie Briefbogen bestanden aus ganz dickem, undurchsichtigem Papier. Die verschlossenen Umschläge wurden auf einem Teller einer Dame überreicht. Dieses „Medium" legte den ersten Brief auf die ausgebreitete linke Hand, schloß die Augen, begann zu zittern und sagte schließlich: „Berlin!" Dann öffnete es den Umschlag und las, nachdem es den Briefbogen entfaltet hatte, zur Ueberraschung der Anwesenden: „Wie heißt die Hauptstadt von Deutschland?" Genau so verfuhr die Dame mit den übrigen Briefen. Die Antwort, die sie gab, solange sie den verschlossenen Umschlag in der Hand hielt, paßte stets auf die Frage, die sie hinterher von dem Briefbogen ablas.

Man erörterte diesen „Fall" eingehend. Jemand meinte, die Dame sei ein Fingerspitzenmedium. In ihren Fingerspitzen und Handtellernerven sollte die seltsame Kraft wohnen, geheimnisvolle Strahlen wahrzunehmen, die von den Schriftzeichen im Innern des Briefes ausgehen! Da erhob sich von einem Nebentisch ein Herr und griff in das Gespräch ein: „Meine Herrschaften, das Kunststück bringe ich auch fertig!" Er ließ sich vom Wirt einige Bogen Schreibpapier bringen. Daraus schnitt er Blättchen in Briefbogengröße. Da der Fremde behauptete, die Fragen auf hellseherischem Wege auch dann beantworten zu können, wenn die Zettel dreimal gefaltet würden, verzichtete man auf Umschläge.

Während man am Stammtisch emsig tuschelte und schrieb, las der unbekannte Gast erst in einer Zeitung weiter, dann entfernte er sich aus dem Zimmer. Als er wieder eintrat, wurden ihm die zusammengefalteten Fragezettel übergeben. Er nahm den ersten in die Hand, zog die Stirne in Falten und sagte: „Ebert!" Dann entfaltete er ihn und las vor: „Wie heißt der Reichspräsident?" Mit dem zweiten Zettel in der Hand sagte er: „So ungefähr 180 Mark!" Als er ihn geöffnet hatte, verlas er: „Wieviel gilt der Dollar?" Jemand rief: „Das war meine Frage!" So ging es bis zum letzten Zettel. Stets paßte die im voraus erteilte Antwort auf die nachträglich vorgelesene Frage; und jedesmal bestätigte ein Gast, daß es „seine" Frage sei.

Man bestürmte den Fremden, zu erklären, wie er in den Besitz dieser geheimnisvollen Kräfte gekommen sie. Er war bereit, die Auskunft zu erteilen, wenn ihm jeder Gast eine Mark geben würde. Das Geld wollte er nicht für sich behalten, sondern es zu einem Kulturzweck verwenden. Er versprach auch, so bald als möglich den „Nachweis über die stiftungsgemäße Verwendung" zu liefern. Das hatte zur Folge, daß fast alle Anwesenden mehr als eine Mark gaben. Außer einigen Fünfmarkscheinen kam auch ein Zwanzigmarkschein ein.

Nun lüftete der „Hellseher" sein Geheimnis. Die Frage, wie der Reichspräsident heiße, hatte er selbst geschrieben und diesen Zettel zuletzt gelegt. Die Antwort aber gab er zuerst. Auf dem ersten Zettel stand eine andere Frage. Die merkte er sich, während er sagte: „Wie heißt der Reichspräsident?" Auf die Frage, die er sich gemerkt hatte, gab er dann die zweite Antwort. Während er dann die Frage verkündete, die er sich gemerkt hatte, prägte er sich die Frage ein, die in Wirklichkeit auf dem Zettel stand, usw. usw. Die Sache war also grundeinfach. Die Gäste hätten den „Hellseher" sofort entlarven können, wenn einer auf den Gedanken gekommen wäre, nachzusehen, was der Fremde vorlas.

Inzwischen rückte die Abfahrtzeit seines Zuges heran. Er bezahlte die Zeche und verabschiedete sich von der Stammtischrunde. Am nächsten Tage hörte man, daß es ein sozialdemokratischer Abgeordneter war, der im Orte einen Vortrag gehalten hatte. Das war für die braven Spießbürger schon eine unangenehme Ueberraschung. In ganz eigenartige Stimmung kamen die guten Leute, als ihnen der Wirt ein paar Tage darauf eine sozialdemokratische Zeitung übergab. Die hatte der Briefträger als Drucksache gebracht. Ein paar rote Striche verwiesen auf folgende Mitteilung:

Freiwillige Beiträge zum Wahlfonds:

Gen. M. M., Einnahme für „Hellsehen" in der Bahnhofswirtschaft zu M. 98 Mark.

ren. Dazu gehören die Beduinenstämme Mesopotamiens und Arabiens, die noch vielfach so leben, wie die biblischen Patriarchen des Alten Testamentes. Anschauliche Bilder aus dem modernen Beduinenleben entwirft der bekannte Forschungsreisende und ehemalige Generalstabschef des Feldmarschalls von der Goltz, Hans von Kiesling, in einem soeben bei der Dieterichschen Verlagsbuchhandlung in Leipzig erschienen Werk „Orientfahrten. Zwischen Ägäis und Zagros." Kiesling war es möglich, ganz Vorderasien bis nach Kut el Amara und Kermanscha zu Pferde oder Wagen zu durchreisen und in viele Dinge Einblick zu gewinnen, die anderen Reisenden ewig verschlossen bleiben. So hat er auch mehrfach Beduinenstämme in ihren Lagern besucht und vor allem die Schammar-Beduinen, die südlich Mosul und südlich Nisibin wohnen oder die Steppen westlich von Bagdad und Samara durchstreifen, genau studiert. Solch ein Beduinenlager besteht aus vielen niedrigen Zelten, die unregelmäßig über die Ebene verteilt sind. Sippen und Familien sind innerhalb des großen Lagers stets unter sich abgeschlossen. Die einzelnen Zelte sind je nach der Familie und nach deren Reichtum verschieden groß. Das normale Zelt ist etwa 6—8 Meter breit, gegen 3 Meter tief und 1,8 Meter hoch. Das Zelttuch besteht aus einem schweren dicken Stoff, der von den Frauen aus Ziegen- und Kamelhaaren gewebt wird und große Widerstandsfähigkeit besitzt. In der Nähe des Lagereinganges findet sich das 25 Meter breite Zelt des obersten Schechs, das in zwei Räume geschieden ist. Im Männerraum, der durch Teppiche, Kissen und Kelims wohnlich gemacht ist, empfängt der Häuptling des Lagers seine Gäste. Im anderen Raum halten sich die Frauen auf; dort lebt er, ißt und verbringt die Zeit, in der ihn nicht Empfänge, Beratungen und Feste mit den Männern des Stammes im Männerzelt festhalten. Im Frauenraum ist in Truhen, Säcken und Kisten das ganze Gut des Hausherrn aufgestapelt; er dient zugleich als Arbeitsstätte. Da befindet sich der große Webstuhl, an dem der bunte Teppich entsteht, stehen die einfachen Hausgeräte, die Steinmühle zum Zermahlen der Getreidekörner, der große Holzmörser zum Zerkleinern der Kaffeebohnen usw. Während der Mann faul auf der Bärenhaut liegt, die freilich im Orient durch einen dicken wollenen Teppich ersetzt wird, ist die Frau das Arbeitstier der Familie. Sie trägt das Wasser, melkt das Vieh, bereitet Butter und Käse, mahlt das Getreide, kocht das Essen und läuft, wenn der Stamm weiterzieht, mühselig zu Fuß, während der Mann auf Pferd oder Esel gravitätisch vorausreitet. Die Vielweiberei ist beim Nomadenleben viel mehr ausgebreitet als in den Städten des Orients. Während bei den seßhaften Orientalen die Frau mehr oder weniger Luxusgegenstand ist, bedeutet sie für den Beduinen die wichtigste Arbeitskraft, und wie zu den Zeiten Abrahams kauft noch heute der junge Beduine seine Lebensgefährtin, deren Schönheit und Leistungsfähigkeit sich in der Zahl von Kamelen oder sonstigen Herdentieren ausdrückt, die für sie abgeliefert werden.

Einfache Musik und Gesang unterhalten den Beduinen bei seinen Festlichkeiten. Die wichtigsten Musikinstrumente sind eine Art Geige, die Rebaab, und eine aus Schilfröhren bestehende Panflöte, die Kurun. Im allgemeinen befinden sich im Hausrat des Nomaden keine Kunstgegenstände. Die Teppiche sind minderwertig; nur die zur Kaffeebereitung dienenden Gegenstände weisen wirklichen Schmuck auf, besonders der große Holzmörser, in dem der Kaffee gestoßen wird. Ueberhaupt ist das Handwerk bei den Beduinen kaum entwickelt. Er versteht etwas Pulver zu bereiten, Filzdecken zu machen, zu weben und Teppiche zu knüpfen. Der Luxus, mit dem sich der reiche Beduine umgibt, ist in den Städten des Randgebietes erworben. Die schönen Seidengewänder und eingelegten Waffen, die die Vornehmen besitzen, wurden früher auf dem Wege des Tauschhandels erworben. Heute aber ist der Kapitalismus auch bei den Nomaden eingedrungen, und die Schechs sind große Verehrer des Geldes, freilich nur des Hartgeldes. Gegen Papiergeld verkauft auch der ärmste Beduine keine Kanne Milch. Die Großen zählen heute ihren Reichtum nicht mehr allein nach Herden, sondern auch nach Goldpfunden; jeder hat in einer Stadt seinen Bankier, einen Gastfreund, der ihm Geld, Schmuck und Wertgegenstände aufbewahrt und dem er dafür sicheres Geleit seiner Handelskarawanen garantiert. Durch diese Bankiers führt die Verbindung zu den mächtigen Nomadenhäuptlingen der Wüste. Politisch sind die Stämme noch wie zu Abrahams Zeiten ganz patriarchalisch gegliedert. Aus dem Familienoberhaupt wird das Stammesoberhaupt der Schechs, dessen Würde durch Gewohnheit erblich ist. Seine Macht reicht nicht über den persönlichen Einfluß hinaus. Er ist Schiedsrichter in Streitigkeiten und repräsentiert den Stamm nach außen; außerdem wird die Rechtspflege noch von einem gewählten Kadi ausgeübt. Große Stämme haben neben dem Schech eigene militärische Oberführer, die vielfach größeren Einfluß als er besitzen. Eine Priesterkaste gibt es nicht. Das Familienleben ist stark ausgebildet, und der Familienvater ist der über alles entscheidende Herr. Die Lebenshaltung des Beduinen ist überaus einfach, und so einfach wie sein Leben ist auch sein Tod. Die Nomadenwirtschaft gestattet keinen Totenkult. Mit dem schrillen Klagegeheul der Weiber, das in den Stunden nach dem Tode die Stille der Nacht zerreißt, fliegt auch die Erinnerung an den Toten in alle Winde.

C.K. **Eine neue Riesenbrücke.** Australien wird binnen kurzem eine der größten Brücken der Welt besitzen. Ein Bau von 3816 Fuß Länge mit einer Hauptspannung von 1600 Fuß wird quer über den Hafen von Sydney errichtet, um zwei gegenüberliegende Punkte, Dawe's Point und Milson's Point, miteinander zu verbinden. Die Brücke selbst wird vier Eisenbahnschienenwege, jeden 35 Fuß breit, tragen, außerdem einen 18 Fuß breiten Automobilweg und einen 15 Fuß breiten Weg für Fußgänger. Die Hauptspanne der neuen Brücke ist noch um 4½ Fuß länger als die Mittelspannung der Newyorker Brooklin-Brücke, die bei einer Länge von 5989 Fuß als die größte Brücke der Welt gelten darf.

Ein Pionier der Antarktis.

Nicht wie sein Lehrer und einstiger Führer Kapitän Scott in der eisigen Einöde der Antarktis —; an Bord seines Schiffes „Quest" (Forschung) ist Sir Ernest Shackleton vom Tode ereilt worden, hingerafft von einer Krankheit, der sein durch die vielen Strapazen geschwächter Körper vielleicht nicht mehr gewachsen war. So hat ein Leben geendet, das zwanzig Jahre lang den Gefahren der Antarktis mutig in die Augen geschaut hat, und wenn Shackletons Tod auch nicht von der tragischen Größe verklärt ist, die Scotts Ende zeigte, so liegt doch auch in seinem Sterben insofern ein Stück Tragik, als es diesem zähen und ausdauernden Forscher nie vergönnt gewesen ist, seine Unternehmungen bis zum letzten Ziel zu vollenden. Seiner größten Tat, dem Vorstoß zum Südpol, blieb die eigentliche Siegestrophäe versagt, und 21 englische Meilen vom Pol mußte er wegen Mangels an Lebensmitteln, den Hungertod vor Augen, umkehren. Roald Amundsen, der auf Shackletons Erfahrungen weiterbaute, war glücklicher als er und gelangte ebenso wie einen Monat später der auf dem Rückmarsch umgekommene Scott zum Ziel.

Ernest Henry Shackleton war 1874 geboren; er hat also nur ein Alter von 48 Jahren erreicht. Er begann seine Laufbahn als Offizier der britischen Handelsmarine und verdiente sich die ersten Sporen des Polarforschers bei der britischen antarktischen Expedition, die Kapitän Scott in den Jahren von 1902 bis 1904 unternommen hatte. Es war nach einem halben Jahrhundert des Stillstandes der antarktischen Forschung der erste, im Kampf um den Südpol wieder von greifbaren Erfolgen begleitete Vorstoß gewesen; man Scott damals gemeinsam mit Shackleton und einem zweiten Begleiter doch bis zu 82 Grad 16 Minuten südlicher Breite vorgedrungen. Damals, vor nunmehr fast zwanzig Jahren, war von Scott und Shackleton die große Gebirgskette südlich von Viktorialand entdeckt worden, und die beiden hatten zum ersten Male den gewaltigen Eiswall erstiegen, den 60 Jahre zuvor James Roß gefunden hatte, und der seither unter dem Namen der Roß-Barriere bekannt ist. Shackleton begriff, daß die Erreichung des Südpols von diesem östlichen Teil der Antarktis aus leichter sein müsse als vom Westen her, wo die ungünstigen Eisverhältnisse in dem stürmischen atlantischen Sektor dem Vordringen aller dort arbeitenden Expeditionen unüberwindlichen Widerstand entgegengesetzt hatten. Schwer am Skorbut leidend, war er in die Heimat zurückgekehrt; aber sofort nach seiner Genesung ging er mit größtem Eifer an die Ausrüstung einer neuen, eigenen Expedition, deren Mittel ihm von privater Seite zur Verfügung gestellt waren, und am 7. August 1907 brach sein Expeditionsschiff „Nimrod" nach der Antarktis auf. Drei Leistungen von größter wissenschaftlicher Bedeutung vermochte Shackleton zu vollbringen. Zunächst bestiegen zwei seiner Kameraden, Leutnant Adams und Professor David mit vier Begleitern den gewaltigen heute noch tätigen Inselvulkan Erebus, der eine Höhe von 3890 Metern hat, und auf dessen Gipfel ein Krater von 800 Meter Durchmesser und 275 Meter Tiefe festgestellt wurde, dem unaufhörlich gewaltige Wolken von Wasserdampf und schwefliger Säure entströmten.

Die zweite bedeutsame Tat der Expedition war die Erreichung des magnetischen Südpols, dessen Lage zwar schon im Jahre 1830 von Gauß, dem großen deutschen Mathematiker, berechnet worden war, der tatsächlich zu erreichen aber zur Kontrolle der theoretischen Berechnung unerläßlich schien.

Die dritte und bedeutsamste Leistung, die bei ihrem Bekanntwerden in der ganzen Welt mit der Wirkung einer wissenschaftlichen Sensation einschlug, hatte Shackleton selbst vollbracht. Es war sein großer Vorstoß zum Pol, den er mit drei Gefährten unternahm und der ihn bis zu 88 Grad 23 Minuten südlicher Breite führte, weiter, als damals, am 9. Januar 1909, jemals ein Mensch gegen die Pole vorgedrungen war. Denn in der Arktis war Peary am 21. April 1906 erst bis zu 87 Grad 6 Minuten gelangt gewesen.

Shackleton hatte aber, und das war das Bedeutsame seines Erfolges, den unumstößlichen Nachweis geliefert, daß der Südpol inmitten des gewaltigen Hochlandes liegen müsse, das einen höchsten Kontinent bildet, einen Erdteil, der gewissermaßen das südliche Gegengewicht zu den gewaltigen Landmassen der nördlichen Halbkugel darstellt. Seit Amundsens Entdeckung des Südpols wissen wir, daß Shackletons Annahme vollkommen richtig gewesen ist.

Am 23. März 1909 gelangte sein Expeditionsschiff „Nimrod" nach Neuseeland zurück, und am gleichen Tage verkündete der Telegraph der ganzen Welt seinen Erfolg. Seine Rückkehr in die Heimat glich einem Triumphzug, und am 28. Juni 1909 erstattete der Polarforscher von der Royal Geographical Society in London in Anwesenheit von 10.000 Zuhörern seinen offiziellen Bericht, den er in der Folge als Gast aller großen geographischen Gesellschaften in den übrigen Hauptstädten Europas wiederholte.

Seine zweite selbständige Forschungsreise war weniger vom Glück begünstigt. Das Ziel dieser Expedition war, den Südpolarkontinent von Meer zu Meer zu durchquerend, ausgehend vom Weddel-Meer und endend beim Roßmeer, um festzustellen, ob sich der antarktische Kontinent und die ihn durchziehende gewaltige Viktoriagebirgskette allmählich vom Pol nach dem Weddell-Meer hin senken. Zu Beginn des Krieges hatte Shackleton seine Ausreise über Buenos Aires angetreten. Die „Endurance" wurde am 27. Oktober 1915 mitten im Weddell-Meer vom Eise zerquetscht und trieb hierauf 700 englische Meilen weit ein halbes Jahr lang im Eis, bis Shackleton am 16. April 1916 auf der Elephanten-Insel landete. Zweiundzwanzig Mann seiner Begleitung ließ er dort in einer Eishöhle zurück und begab sich mit fünf Leuten in einem winzigen Boot von nur acht Meter Länge in See, um von Südgeorgien aus einen Hilferuf in die Welt zu senden. Es gelang ihm auch, die 750 Seemeilen mitten durch die stürmischsten Gewässer der Erde zurückzulegen und Südgeorgien zu erreichen, worauf sofort eine Hilfsexpedition aus Buenos Aires abging, die den zweiundzwanzig Mann auf der Elephanten-Insel zum Entsatz verhalf.

Von neuem lockte den Forscher das Geheimnis der südlichen Eiswelt, und er hoffte, auf einer dritten Expedition die Probleme zu lösen, die er sich gestellt hatte. Aber das Schicksal hat es anders gewollt.

Welche Schwierigkeiten der Forscher bei seinen Entdeckungsreisen zu überwinden hatte, erhellt aus der schlichten, aber umso ergreifenderen Darstellung, die Shackleton in seinem Werk „The Heart of the Antarctic" gegeben hat. In deutscher Sprache ist dieses prächtige Buch in einer von Shackleton selbst besorgten Bearbeitung als Band 13 der bekannten Sammlung „Reisen und Abenteuer" unter dem Titel „Im sechsten Erdteil" bei Brockhaus in Leipzig vor wenigen Monaten erschienen (gebunden 20 Mark). Es empfiehlt sich auch, die auch sonst sehr spannenden Bände 3, 6 und 13 der „Reisen und Abenteuer" zu lesen, in denen Näheres über die Forschungsreisen von Shackleton und von Scott enthalten ist.

Sport.

Achtung! Sämtliche für Sonntag angesetzten Bezirksspiele fallen aus. Der Spielausschuß i. A. A. Sternberg.

NB. Nächste Spielausschuß-Sitzung, Freitag, d. 17. Februar, abends 7 Uhr bei Fr. Lender.

Folgende Bezirksfußballspiele finden am Sonntag, dem 12. Februar auf dem Kasernenhof statt: nachmittags 1 Uhr Rücknitz I : Vorwärts II, nachmittags 2¼ Uhr Pinneberg I : Vorwärts I. Pinneberg, eine äußerst spielstarke Elf, konnte Vorwärts seinerzeit mit 5:0 bezwingen. Sollte Pinneberg wegen Bahnverhältnisse nicht antreten können, so wird L.F.C. Viktoria für die Mannschaft einspringen.

In dem gestrigen Bericht muß es heißen:
A.T.V. I gegen Viktoria I.

Das Wetter der Woche.

Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.

In unserem am 26. Januar versandten Bericht für die Woche vom 27. Januar bis 4. Februar stellten wir für das 1. Feburardrittel eine starke Frostperiode in Aussicht. Diese ist tatsächlich in vollem Umfange in ganz NW.- bis N.- wie Ost- und Mitteldeutschland eingetreten und hat sich bis heute (9.) fortgesetzt. Dabei sind in den letzten Tagen (5.—8. Februar) Kältegrade in unserm Bezirke beobachtet worden (—19 bis —21 Grad C), wie sie in den letzten 15 Jahren hier nur noch Anfang Februar 1912 und 1917 auftraten. (1912: —30 bis —33 Grad C.) — Leider kann bereits heute nach unseren Ermittlungen damit gerechnet werden, daß der erwartete Wetterumschlag (Tauwetter) um den 11. d. M. nicht eintritt, die Frostperiode vielmehr noch länger andauert. Wohl wird zu Beginn des neuen Zeitabschnittes (12. bis 15. Februar einschl.) eine erhebliche Milderung der Kälte sich bemerkbar machen, die an der Küste am Tage zeitweise ein Steigen der Luftwärme nahe dem Taupunkte bringt, jedoch keinen völligen, dauernden Witterungsumschlag. Veranlassung dazu gibt eine atmosphärische Störung, die bereits heute über dem Ozean im W. der britischen Inseln lagert und etwa vom 11. ab nach NO. vordringt. Dabei erhalten unsere Gegenden eine lebhafte Zufuhr milderer, wasserdampfreicher Ozeanluft, die zu starker Wolkenbildung, lebhaften Winden und verbreiteten Niederschlägen (12. bis 14.) führt. Vom 15. ab dürfte jedoch das etwas nach O. und SO. zurückgedrängte Hoch wieder westwärts vorstoßen und auch unseren Bezirk in seinen Bereich ziehen. Damit setzt erneut trockenes, meist heiteres Frostwetter ein. — Im einzelnen: 12. Februar: Milder, starkwolkig bis trübe, lebhafte SO. bis SW.-Winde, abnehmender Frost. Küste tags nahe Null. Zeitweise Schneefälle. 13. Februar: Wenig Aenderung bei teilweise starken östlichen, später westlichen Winden. Binnenland gelinder Frost. Verbreitete, ergiebige Schneefälle. 14. Februar: Fortdauer der herrschenden Witterung bei erhöhter, nahe Null liegender Temperatur. Schneeschauer; Küste Regen. 15. Februar: Kälter, wolkig mit Aufheiterung, böige NW.- bis N.-Winde, zeitweise Frost. Meist trocken. Im N. bis O. vereinzelte Schneefälle. 16. Februar: Wechselnd bewölktes, teilweise heiteres, trockenes Frostwetter, mäßige N. bis NO.-Winde. Kälter. 17. Februar: Wenig Aenderung bei sinkender Luftwärme. 18. Februar: Vielfach heiteres, trockenes Frostwetter, schwache östliche Winde; kälter.

Pachtzahlung.

Die diesjährige Pacht für die Kleingärten am Elbe-Trave-Kanal ist bis spätestens 15. März bei der Kanal-Verwaltung hier, Mühlendamm 10, Zimmer 18, einzuzahlen, und zwar an den Wochentagen: (12894
Mittwochs, Donnerstags, Freitags vormittags 8 bis 12 Uhr.
Die vorjährige Quittung ist mitzubringen.
Lübeck, 10. Febr. 1922.
Das Bauamt.
Abt. Kanalverwaltung.

Sozialdem. Verein Lübeck.
(Ortsgr. Schlutup).
Am 9. Febr. starb nach langer Krankheit unser treuer Genosse
Wilhelm Eckmann.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung Sonntag, den 12. Februar, 2 Uhr, v. d. Kapelle Schlutup. (1290

Arbeiter-Turnverein Schlutup.
Nachruf.
Am Sonnt. morg. 9 Uhr entschlief nach langer Krankheit unser Genosse
Otto Beyer.
Beerdigung Sonntag 1 Uhr von der Kapelle Schlutup.
Am Donnerstag morg. entschlief nach langer Krankheit unser Genosse
Willi Eckmann.
Beerdigung Sonntag 2 Uhr von der Kapelle Schlutup.
Ehre ihrem Andenken!
Sammeln d. Turngenossen ½1 Uhr im Vereinslokal. (12890
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Distrikt Schlutup.
Nachruf.
Am 5. Februar starb unser Mitglied, der Kollege (12924
Otto Beyer.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, 12. Febr., nachmitt. 1 Uhr von der Kapelle aus statt.
Die Kollegen versammeln sich u. 12½ Uhr im Lokale von A. Sabarowski.
Die Ortsverwaltung.

Am 9. Februar starb im 27. Lebensjahre nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Sohn und guter Bruder
Wilhelm.
Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern und Geschwister
Heinr. Eckmann und Frau.
Schlutup, 10. Februar 1922.
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 12. Febr., 2 Uhr, von der Kapelle Schlutup aus statt. (12905

Am 9. d. M. verstarb nach langen qualvollen Leiden meine innigstgeliebte Frau, meines Sohnes liebevolle Mutter
Friederike Howe
geb. Kötner
im 36. Lebensjahr.
Tief betrauert und schmerzlichst vermißt von
Bruno Howe.
Wilhelm Howe.
Augustenstr. 15.
Die Beerdigung findet am Dienstag 1½ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt. (12891

Arb.-Gesangverein Einigkeit, Schlutup.
Nachruf.
Nach langer schwerer Krankheit verschied unser treuer Sangesbruder
Otto Beyer
Ehre seinem Andenken.
Beerdigung Sonntag, den 12. Febr., mittags 1 Uhr.
Sammelpunkt 12 Uhr im Lokal „Zur Post". (12887

4fl D.-Maskenk. b. z. verm. (12918) Wakenitzm. 1, II.

Fl. D.-Maskenkost. zu verm. 12909) Hundestr. 10 H., 2. E.

H.- u. D.-Maskenk z. verm (12915) Gr. Burgstr. 23, p.

Maskenkostüme zu vermieten. (12889
WILL, Aegidienstraße 40.

Schicke neue Damen-Maskenkostüme zu verm (12893) Hundestr. 19, II, r.

J. Beich. f. l. Fuhrwerk 12883) Glénigstr. 4a.

1 weiß. [illegible] garnitur zu verkaufen. 12886) Segelerstr. 8, I.

Suche auf 8—14 Tage für Innenarbeiten einen **Maurer mit Geschirr.**
Sanitäts-Molkerei, Lübeck Marlistr. 7a. (1291

Schöne 2-3-Wohn. m. Balk. geg. Umzugsvergütung [illegible] u. Lübeck gesucht 12882) Ang. u. S Z a. d. G.

Bl. Anz. v. f. Konf. z. vk. 12582) Kerkringstr. 46, I, r.

1 jung. Hund zu verkaufen. (12896 Johannisstr. 44, Hinterh.

Schäferhündin zu verk. 12901) Engelsgrube 31/9.

Ein kl. Knabe, 14 Tage alt, in Pflege zu geben. 12907) Engelsgr. 25, I, r.

Drucksachen für Maschinenfabriken
Prospekte — Formulare
Briefbogen — Rundschreiben
Rechnungen — Durchschreibebücher
Kuverts — Kartothekkarten
werden in unserer modern eingerichteten Buchdruckerei schnell, sauber und preiswert angefertigt. 2156
Verlangen Sie unseren Besuch.
Friedr. Meyer & Co.,
Buchdruckerei. Buchhandlung.
Johannisstraße 46. Fernruf 926.